

# Gewerkschaft

**Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs**

Hauptschriftleitung: E. Dittmer  
 Berlin SO 36, Schlesische Str. 42  
 Fernsprecher: Amt F8 Oberbaum 9491

Berlin, den 26. März 1932

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
 Bezugspreis:  
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

## Nun aber endlich Arbeitsbeschaffung!

**D**er erste Waffengang bei der Reichspräsidentenwahl hat zwar nicht den endgültigen Sieg Hindenburgs gebracht, aber das Siegesgebrüll der Nazis ist doch durch den Ausgang dieser ersten Wahl erheblich gedämpft worden. Ganz gewiß machen sie neue gewaltige Anstrengungen, um im zweiten Wahlgang sich zu behaupten. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß am 10. April die Eisernen Front wieder ihre Schuldigkeit tun wird, und damit ist der Hitler-Spuk bis auf weiteres zurückgedrängt. Die Gewerkschaften haben ohne Zweifel — das erkennen auch weite Kreise des Bürgertums vorbehaltlos an — die Entscheidung gefällt bei dieser Wahl. Nur ihrer Eisernen Front ist es zu danken, daß der Marsch auf Rom (Berlin) unterbleiben mußte, zu dem man sich so schön vorbereitet hatte, wie jetzt durch die Hausdurchsuchungen der preußischen Polizei mit hergehochem Material einwandfrei festgestellt wird. Alles Ableugnen der Nationalsozialisten ändert nichts an der Tatsache, daß man sich auf den Bürgerkrieg vorbereitet, im Falle daß Hitler den Sieg davongetragen hätte. Man fürchtete nämlich den Generalstreik der Arbeiter und das Einsetzen der Eisernen Front gegen faschistische „legale“ Maßnahmen. — Die Nazi-pressen und ihre geistigen Hintermänner in der „D. A. Z.“ und anderen schwerindustriellen Organen erklären nun, daß durch die ganze Bürgerkriegsvorbereitung nur eine „Abwehrmaßnahme gegen Reichsbanner und Eisernen Front“ geschaffen werden sollte. Wir möchten erneut und unzweideutig feststellen, daß sowohl Reichsbanner als auch Eisernen Front sich zur Aufgabe gestellt haben, die deutsche Republik und ihre sozialen Errungenschaften zu verteidigen, insbesondere zur jetzigen Verfassung zu stehen. Wer aber diese Verfassung angreift, muß natürlich gleichzeitig mit den Machtmitteln des Staates bekämpft werden! Leider hat die Republik auf diesem Gebiet vielfach versagt. Insbesondere steht noch immer das unbegreifliche Verhalten des Reichsinnen- und Reichswehrministers Groener zur Tagesordnung. Gerade jetzt wieder versuchen die Nazis, eine vertrauliche Unterredung mit ihm in ihrem Sinne auszuschlachten. Und wenn auch einige

Richtigstellungen und Zurückweisungen durch Groener erfolgt sind, die Tatsache bleibt bestehen, daß Groener in dieser kritischen Zeit die Naziführer Göring und Frank II empfangen hat, um von ihnen zur Kenntnis zu nehmen, daß sie während des Wahltages ihre „braune Armee“ zusammengezogen hatten. In anderen republikanischen Staaten wie z. B. Frankreich, England oder jetzt auch Spanien wäre ein solcher Minister glatt unmöglich. Aber wir sind ja manches gewöhnt von dieser Seite! — So verblieb und verbleibt als starke Stütze der republikanischen Macht die Preußenregierung mit ihrem Innenminister Severing. Nun aber beginnt der Kampf um Preußen, und die Reichspräsidentenwahl läßt klar erkennen, mit welchen demagogischen, aber auch mit welchen finanziellen Mitteln die Hitler-Banden durch das Land ziehen und allen Schichten des Volkes die unmöglichsten Versprechungen machen. Es erscheint in der Tat schwer begreiflich, wie das deutsche Bürgertum, das doch jetzt in der Zeit der Goethe-Feiern steht, so leichtfertig den starken Kultureinbruch hinnimmt, der von nationalistischer Seite nun schon seit Jahr und Tag verübt wird. Gewiß steht einstweilen in der Hauptsache die Arbeitnehmerschaft in der vordersten Front des Kampfes mit den Nazis. Wenn man sich aber in Erinnerung bringt, daß bei einem „Wahlsieg“ der Nazis deren unbegrenzte Brutalität natürlich nicht haltmachen würde, sondern auch weiteste Kreise des Bürgertums schwer gefährdete, so sollte man von dieser Stelle etwas stärkere Gegen-

wehr erwarten. Aber das Bürgertum ist stark zersplittert, und die Wirtschaftskrise hat die bürgerlichen Parteien durcheinandergebracht und in ihrem Bestande gewaltig vermindert.

So bleibt nur der Fels im Sturm: Die Eisernen Front, gegen die von allen Seiten das Meer der Lüge und Verleumdung brandet. Es muß daher Aufgabe aller Mitglieder der Gewerkschaften sein, in ihren Kreisen in den nächsten Tagen und Wochen rührig und aktiv zu sein, um dem Faschismus eine zweite und dritte Niederlage zu bereiten.

\* \* \*

### Osterspaziergang

Von Joh. Wolfgang Goethe, † 22.3.1832  
 Vom Eise befreit sind Strom und Bäche  
 Durch des Frühlings holden, belebenden Blick,  
 Im Tale grünet Hoffnungsglück;  
 Der alte Winter, in seiner Schwäche,  
 Zog sich in rauhe Berge zurück.  
 Von dorthier sendet er, fliehend, nur  
 Ohnmüchtige Schauer körnigen Eises  
 In Streifen über die grü nende Flur;  
 Aber die Sonne duldet kein Weißes,  
 Ueberall regt sich Bildung und Streben,  
 Alles will sie mit Farben beleben;  
 Doch an Blumen fehlt's im Revier,  
 Sie nimmt geputzte Menschen dafür.  
 Kehre dich um, von diesen Höhen  
 Nach der Stadt zurück zu sehen.  
 Aus dem hohlen finstren Tor  
 Dringt ein buntes Gewimmel hervor.  
 Jeder sonnt sich heute so gern.  
 Sie feiern die Auferstehung des Herrn,  
 Denn sie sind selber auferstanden,  
 Aus niedriger Häuser dampfen Gemüchern,  
 Aus Handwerks- und Gewerbesbänden,  
 Aus dem Druck von Giebeln und Dächern,  
 Aus der Straßen quetschender Enge,  
 Aus der Kirchen ehrwürdiger Nacht  
 Sind sie alle ans Licht gebracht.  
 Sieh nur, sieh! wie behend sich die Menge  
 Durch die Gärten und Felder zerschlägt,  
 Wie der Fluß, in Breit' und Länge,  
 So manchen lustigen Nachen bewegt,  
 Und bis zum Sinken überladen  
 Entfernt sich diese letzte Kahn.  
 Selbst von des Berges fernen Pfaden  
 Blinken uns farbige Kleider an.  
 Ich höre schon des Dorfs Getümmel,  
 Hier ist des Volkes wahrer Himmel,  
 Zutrieden jauchzet groß und klein:  
 Hier bin ich Mensch, hier darf ichs sein.

Aber mit der bloßen Abwehr kann sich in dieser schweren Zeit der Krise die Arbeitnehmerschaft unter gar keinen Umständen zufrieden geben. Wir müssen von dieser Regierung, ja von der deutschen Wirtschaft kategorisch fordern,

**daß endlich weitgreifende positive Maßnahmen getroffen werden zur Arbeitsbeschaffung.**

Wohl wissen wir, daß es kein Wundermittel gibt, das die sechs Millionen Arbeitslose mit einem Schläge wieder in Arbeit bringt. Unsere Kollegen wissen auch, daß demagogisch aufgestellte Arbeitspläne, wie sie z. B. die KPD. jüngst in der „Roten Fahne“ veröffentlichte, infolge der fehlenden Mittel nicht durchführbar sind. Arbeitsbeschaffung ohne Finanzierung ist ein Unsinn. Und wenn man nun die Finanzierungsvorschläge der KPD. liest — die beispielsweise die „Streichung der Polizeikosten“ fordert, sowie die sofortige Einstellung der Tributzahlungen (obwohl diese bereits seit Mitte vorigen Jahres nicht gezahlt werden!), die phantastische Summen herausrechnet bei der Herabsetzung der Gehälter der oberen Beamten usw. —, so weiß jeder denkende Arbeitnehmer, daß dieses ganze Programm nicht ernst zu nehmen ist. Der Bürgerkrieg wäre morgen da, wenn wir die Polizei heute nicht mehr hätten. Ja, wir möchten sagen, daß leider ohne die Polizei Deutschland längst in Stücke gegangen wäre! Das ist zwar sehr beschämend für unser Volk, aber es ist Tatsache! Die stärksten Ursachen dafür sind ja gerade in den „Waffengängen“ der Nationalsozialisten und Kommunisten zu suchen.

Aber so wenig die Vorschläge der KPD. ernst zu nehmen sind, noch weniger sind es diejenigen Hitlers und seines Programms. Hier ist die Formel noch einfacher: Man will den „jüdischen Bankiers“ das Geld wegnehmen, ein neues Kreditssystem in Deutschland aufbauen mit Hilfe der Autarkie, d. h. der Selbstbewirtschaftung Deutschlands, den Außenmarkt absperren. Auf diese Weise soll nicht bloß den Arbeitslosen geholfen werden, sondern auch noch allen anderen Interessierten, in erster Linie natürlich den Schwerindustriellen Arbeitgebern, von denen man ja ausgehalten wird.

Wären die Zeiten nicht so ernst, so müßte man lachen, hochlachen über die Tatsache, mit wie wenig Verstand eine große Bewegung durch Geld, Demagogie und Reklame aufgebaut werden kann. Das haben sich die Arbeitnehmer früherer Zeiten sicher nie träumen lassen, daß mit solchen Mitteln einmal elf Millionen Wähler entscheidend beeinflusst werden könnten. Und dies ist freilich nur zu erklären durch die Krisenpsychose und die ungeheure Arbeitslosigkeit.

\* \* \*

Nun sind gerade in den letzten Tagen neue Arbeitsbeschaffungspläne aufgetaucht, die schon ernster zu nehmen sind. So hat der Reichswirtschaftsrat ein ganzes Arbeitsbeschaffungsprogramm entwickelt, das der Reichsregierung zur Verfügung gestellt worden ist. Ueber die vorliegenden Projekte gibt nachfolgende Zusammenstellung Aufschluß:

	Kredite (in Millionen Mk.)	Arbeitskräfte
Reichsbahn . . . . .	100	30 000
Reichspost (für 1932) . . . . .	50	15 000
Straßenbahn . . . . .	zwischen 200—710	77 000—300 000
Hochwasserbau . . . . .	bis 230	105 000
Landwirtschaftliche Meliorationen . . . . .	200	120 000
Milchwirtschaft (für 1932) . . . . .	50	10 000
Hausreparaturen . . . . .	300—500	135 000—225 000

Leider hat man auch hier nicht genau zu sagen gewußt, wie die Finanzierung des an sich erfreulichen Programms vor sich gehen soll. Sonst wird allerdings sehr ausführlich die Ausführung des Programms von der Lage der Reichsbank und der Reichsfinanzen abhängig gemacht.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat neuerdings bestimmte Anträge gestellt zur Verstaatlichung der Schwerindustrie, zur Beschaffung neuer Arbeitsgelegenheit, zur

Unterstellung der Banken und Kartelle unter die Aufsicht des Staates. Es scheint in der Tat, als ob es keine andere Möglichkeit gibt, als durch erhebliche Umstellung des kapitalistischen Kredit- und Bankwesens im Sinne einer staatswirtschaftlichen Umwandlung der jetzigen schwersten Krise beizukommen.

Mittlerweile hat auch die deutsche Reichsregierung ein umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm in Bearbeitung, das zwar noch nicht im Wortlaut veröffentlicht wurde, im allgemeinen aber bereits in der Presse bekanntgegeben worden ist. Es handelt sich auch hier um zusätzliche Arbeitsbeschaffung in der Hauptsache bei Reichsbahn (300 Millionen), Reichspost (100 Millionen), Straßenbahn (300 bis 400 Millionen), Landwirtschaftlichen Meliorationen (200 bis 300 Millionen), Wasserbau (50 Millionen). In Verbindung damit soll eine Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau gehen, aber auch eine Erweiterung des „freiwilligen Arbeitsdienstes“, dem bekanntlich die Gewerkschaften sehr kritisch gegenüberstehen. Für den Bau von Kleinwohnungen auf dem Lande sollen weitere 200 Millionen und für eine besonders zu schaffende „Gesellschaft für öffentliche Arbeiten“ 50 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden. Die Kosten würden insgesamt 1,2 bis 1,4 Milliarden Mark betragen. Damit könnten 300 000 bis 600 000 Arbeiter sofort Beschäftigung finden. In all diesen Plänen vermissen wir allerdings immer noch größere Arbeitsbeschaffungs-Vorschläge für die Gemeinden sowie deren Finanzierung.

\* \* \*

Ueber die Vorschläge der Gewerkschaften selbst haben wir bereits im einzelnen berichtet. Zwar besteht auch heute noch keine volle Einigkeit darüber, wie weit der Wagemannsche Plan, der eine innere Kreditausweitung bedeuten würde, durchführbar ist. Auch der Wontinskische Plan ist infolge seiner inflationsgefährlichen Kreditbeschaffung noch heftig umstritten. Am klarsten erscheint uns zur Zeit das

**Arbeitsbeschaffungsprogramm des AfA-Bundes,**

das in einer besonderen Sitzung des AfA-Bundesausschusses vom 22. März 1932 zur Erörterung steht.

Ueber den Rahmen all dieser deutschen Vorschläge hinaus ist auch ein Vorschlag des Internationalen Arbeitsamtes von Albert Thomas wieder in den Vordergrund gerückt. Es haben in diesen Tagen erneut Verhandlungen in Berlin stattgefunden, um festzustellen wie weit internationale Kredite für diesen Plan in Anspruch genommen werden können. Zusammenfassend läßt sich sagen: Zwar zeigt der Arbeitsmarkt nicht mehr eine so furchtbare Steigerung der Arbeitslosenziffer wie in den letzten Monaten, aber noch immer sind in den Industriestaaten mehr denn 25 Millionen Arbeitslose vorhanden. Deswegen müssen unverzüglich ernsteste Anstrengungen gemacht werden, um dem namenlosen Elend beizukommen und der unerträglichen Situation (insbesondere auch für unsere arbeitslosen Jugend) ein Ende zu bereiten.

\* \* \*

Wie wir nach Redaktionschluß erfahren, hat der Bundesvorstand des ADGB. den zum 23. März nach Berlin einberufenen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß mit Rücksicht auf den inzwischen verordneten Burgfrieden auf einen späteren Termin verlegt. In Anbetracht der Dringlichkeit der Tagesordnung dieses Kongresses, der als einziger Punkt

die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung umfaßt, mußte der allergrößte Wert darauf gelegt werden, daß die Verhandlungen über diese entscheidende Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik nicht durch die Zwangsvorschriften des Burgfriedens behindert oder eingeschränkt werden. Der neue Termin des Kongresses wird noch bekanntgegeben.

E. D.



## Die neuen Verträge in der Bahnspedition

Am 6. Dezember 1931 hatte der Reichsverkehrsminister im Auftrage der Reichsregierung seine Zustimmung zum Abschluß des Bahnspeditionsvertrages (Schenker-Vertrag) erteilt. Der Kampf gegen das Zustandekommen des Vertrages, der vornehmlich von den Unternehmern des Fuhr- und Speditionsgewerbes geführt wurde, kann damit als beendet angesehen werden. — Jetzt kommt es darauf an, die Auswirkungen zu beobachten und für Abstellung eintretender Härten bzw. Milderung derselben zu sorgen. Auf diesem Gebiet haben zweifellos auch die unmittelbar beteiligten Gewerkschaften wichtige Aufgaben zu erfüllen. Die Verhandlungen zwischen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und den Unternehmerverbänden des Fuhr- und Speditionsgewerbes haben dazu geführt, daß außer dem eigentlichen Bahnspeditionsvertrag noch ein sogenannter Parallelvertrag mit dem Reichsverband des Deutschen Speditionsgewerbes abgeschlossen worden ist. (Abkommen betreffend Richtlinien für Einzelverträge mit Auftragspediteuren.) Dieser Parallelvertrag hat die Wirkung, daß außer den eigentlichen bahnamtlichen Rollfuhrunternehmern noch weitere Kreise des Rollfuhrgewerbes mit dem An- und Abrollen der Bahngüter betraut werden können. Nach den Berechnungen der Reichsbahn wird sich der Zusatzebedarf durch diesen Parallelvertrag von 40 auf 70 Millionen Mark im Jahre erhöhen. Vertreter der Reichsbahn bezeichnen diesen Mehrbetrag als ein Opfer, das die Wirtschaft dem Speditionsgewerbe bringen müsse. —

Trotz dieses unverkennbaren Erfolges ist das Gewerbe mit dem Ausgang des Kampfes durchaus nicht zufrieden. Es ist vielmehr eine deutlich wahrnehmbare Verstimmung zurückgeblieben. Die vorhandenen Unternehmerorganisationen haben die Gefahr, daß große Teile ihrer Mitgliederbestände ausscheiden könnten, noch nicht zu begegnen vermocht. Ein erheblicher Teil der Schwierigkeiten, mit denen die Unternehmerverbände nach Abschluß des Vertrages zu rechnen haben, ist unseres Erachtens auf die äußerst unsachliche Art, wie der Kampf gegen den Schenker-Vertrag geführt worden ist, zurückzuführen. Für das Gewerbe wäre es viel vorteilhafter gewesen, wenn der Kampf nicht um die völlige Beseitigung des Schenker-Vertrages, sondern um seine vernünftige Gestaltung geführt worden wäre. Durch die Art der Kampfesführung hat man in den eigenen Mitgliederkreisen den Glauben erweckt, als ob der Schenker-Vertrag restlos beseitigt werden und alles beim alten bleiben könne. Es wäre Aufgabe der Unternehmerverbände gewesen, schon vor einer Reihe von Jahren ihre Mitglieder auf die dringende Notwendigkeit einer gründlichen Umstellung des Speditionsgewerbes hinzuweisen. Die maßgebenden Vertreter der Unternehmerverbände sind jedenfalls rechtzeitig von namhaften Fachleuten des Verkehrsgewerbes auf die Entwicklung im Gütertransport aufmerksam gemacht und aufgefordert worden, von sich aus geeignete Schritte zu unternehmen. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß eine in früheren Jahren durch

die Initiative der Unternehmer betriebene Umstellung des Speditionsgewerbes eine für die beteiligten Unternehmer wesentlich günstigere Form gezeitigt hätte. Es ist ferner als völlig sicher anzunehmen, daß eine rechtzeitige Umstellung auch für die beteiligten Arbeitnehmer weit weniger schmerzlich gewesen wäre, als die von der Reichsbahn angeordnete Umstellung in der gegenwärtigen Krisenzeit. — Wie wenig die Unternehmer mit ihrer Auffassung, daß eine Umstellung des Rollfuhrgewerbes unnötig sei, recht haben, geht aus den Jahresberichten ihrer Ortsgruppen mit größter Deutlichkeit hervor. So wird z. B. aus Plauen über das Jahr 1931 folgendes berichtet:

„Das Rollfuhrgeschäft hatte, abgesehen von dem an sich geringeren Güterumsatz, vor allem wiederum darunter zu leiden, daß der Kraftwagen viele Güter von der Eisenbahn abgezogen hat. Der vorhandene Betriebsapparat konnte deshalb in den meisten Fällen nur zu einem Teil ausgenutzt werden.“ („Speditions- und Schiffsahrtszeitung“ Nr. 11 vom 11. März 1932.)

Das, was hier mit kurzen Worten über Plauen gesagt wird, kann selbstverständlich aus allen anderen Orten Deutschlands berichtet werden. Der bisherigen Form des Gütertransports auf der Eisenbahn, mit Einschluß des An- und Abrollens, war jedenfalls der Kraftwagenverkehr weit überlegen. Das gilt vor allem hinsichtlich der für die Spedition in Betracht kommenden Stückgüter. — Die außerordentlich starke und von Jahr zu Jahr zunehmende Abwanderung des Frachtgutes von der Schiene auf den Lastkraftwagen konnte nicht nur von Fachleuten beobachtet werden, sondern war weiteren Kreisen der Öffentlichkeit bekannt. Man konnte es deshalb der Reichsbahn nicht verdenken, wenn sie sich endlich zu durchgreifenden Maßnahmen entschloß, um diese Entwicklung nicht nur aufzuhalten, sondern rückläufig zu gestalten. — Für das Rollfuhrgewerbe wirkte sich jedoch nicht nur die Abwanderung der Stückgüter auf den Kraftwagen verhängnisvoll aus, sondern hier spielt die ständig zunehmende Zahl der Selbstabholer (bzw. Selbstanfänger) eine erhebliche Rolle. An dieser Entwicklung trugen zweifellos die in vielen

Städten Deutschlands stark überhöhten Rollgebühren die Hauptschuld. Das Rollfuhrgewerbe war andererseits gezwungen, solche überhöhten Rollgelder zu erheben, weil die Unkosten wegen der völlig fehlenden Organisation unverhältnismäßig hoch waren. Folgendes Beispiel, das die Reichsbahn-Gesellschaft bekannt gibt, beweist mit aller Deutlichkeit, wie verhängnisvoll sich die Unordnung innerhalb des Rollfuhrgewerbes auswirken mußte. Im Januar 1931 sind von 100 Tonnen, die täglich vom Lehrter Güterbahnhof in Berlin abzufahren waren, über die Hälfte von Selbstabholern abgerollt worden. Von den bahnamtlichen Rollfuhrunternehmern wurden lediglich 14 Tonnen abgerollt. In weitere 35 Tonnen haben sich 25 verschiedene Spediteure geteilt, so daß auf den einzelnen Spediteur im Durchschnitt nicht mehr als 1½ Tonnen entfallen konnten.

Diese Entwicklung konnte natürlich auch für die in der

### Durch Schuld der Nazis müssen 141 Arbeiter je 85 Mk. (zus. 12000 Mk.) Gerichtskosten zahlen

Im Jahre 1929 glaubte die Berliner Verkehrsgesellschaft zu Massenentlassungen gezwungen zu sein. Die Vertreter unserer Organisation wandten sich gegen diese Absicht und machten Vorschläge zur Arbeitszeitverkürzung, um die Entlassungen möglichst zu vermeiden. Ueber diese Arbeitszeitminderung wurde schließlich eine Betriebsabstimmung herbeigeführt, die durch die ablehnende Haltung der Nationalsozialisten und Kommunisten so ausfiel, daß statt der Arbeitszeitverkürzung die Entlassungen vorgenommen werden mußten. Auch jetzt geben sich die Vertreter des Gesamtverbandes noch nicht zufrieden; sie verhandelten mit dem Arbeitgeber und erreichten, daß nur ein Bruchteil der vorgesehenen Kündigungen ausgesprochen wurden.

Unter den Gekündigten befanden sich einige Nazis, die sich sofort an die übrigen Entlassenen heranmachten und ihnen den Eintritt in die NSDAP. empfahlen; diese werde für sie eine Schadenersatzklage gegen die BVG. führen. 141 Entlassene entsprachen dieser Empfehlung; für sie erhob die NSDAP. Klage gegen die Berliner Verkehrsgesellschaft und die beiden Vorsitzenden des Arbeiterrates bei der BVG., unsere Kollegen Flieger und Loll, mit dem Antrage, die Beklagten zur Zahlung eines Schadenersatzes in Höhe von fast 400 000 Mk. zu verurteilen.

Bereits in der 1. Instanz ergab sich, daß die Behauptungen der Kläger unwahr und ihre Klage damit unbegründet war; sie wurden abgewiesen. Dagegen legten die Kläger, soweit sie nicht zur Stennes-Gruppe übergetreten waren, durch eben den Rechtsanwalt Triebel Berufung ein, gegen den zurzeit vor dem Strafgericht Moabit ein Verfahren wegen Betruges anhängig ist.

Das Landesarbeitsgericht, das den Klägern alle nur denkbaren Beweisanträge möglich gemacht hatte, kam dennoch zur völligen Abweisung der Berufung.

Hiergegen legte Rechtsanwalt Triebel Revision beim Reichsarbeitsgericht ein; auf seinen Antrag hin wurde ihm die Frist zur Begründung dieser Revision verlängert. Wenige Tage vor Ablauf dieser Frist erklärte er, die NSDAP. habe an der Weiterführung des Prozesses kein besonderes Interesse mehr — sie hatte in verlogener Weise genügend Propaganda daraus geschlagen und wollte offenbar weitere Kosten sparen — und siehe da, die Revisionsbegründung kam einen Tag zu spät beim Reichsarbeitsgericht an.

Das Reichsarbeitsgericht mußte deshalb kraft Gesetzes die Revision als unzulässig verwerfen. Die Kläger haben nunmehr die Kosten des ganzen Rechtsstreites zu tragen, die allein auf Seiten der Beklagten über 12 000 Mk. betragen.

Wieder einmal erlebt man, daß die Nazis Arbeiterinteressen nur solange wahrnehmen, als sie daraus Material für ihre Propaganda schlagen können. Nachher vergessen und verraten sie diese Interessen.

Spedition beschäftigten Arbeitnehmer nicht gleichgültig sein. Sie haben ein Interesse daran, ihre Arbeitsstelle zu erhalten. Sie begrüßen deshalb alle Maßnahmen, die geeignet sind, dem Speditionsgewerbe wieder mehr Arbeit zuzuführen.

Es ist nun die Frage, ob die neuen Verträge in der Bahnspedition restlos geeignet sind, diese nachteilige Entwicklung sowohl zugunsten der Reichsbahn als auch zugunsten des Rollfuhrgewerbes der Reichsbahn als auch zugunsten des Rollfuhrgewerbes zu gestalten. Für uns liegt keinerlei Veranlassung vor, diese Verträge über Gebühr zu verteidigen. Wir tragen weder für das Zustandekommen noch für die Ausgestaltung der Verträge irgendwelche Verantwortung. Darüber, ob die Form des Abschlusses zweckmäßig war oder ob man das gesteckte Ziel auf anderem Wege sicherer erreichen konnte, läßt sich selbstverständlich streiten. Daß durchgreifende Maßnahmen notwendig waren, um den Bestand der Reichsbahn und des Rollfuhrgewerbes zu sichern, dürfte es keine Meinungsverschiedenheit geben.

Der Zweck, den die Reichsbahn mit dem Abschluß der Verträge verfolgt, besteht im wesentlichen darin, eine erhebliche Verbilligung und Beschleunigung des gesamten Transportweges zu erreichen. Bisher hat der Transportweg des Bahnweges außerhalb des Schienenbereichs nur insoweit dem Einfluß der Reichsbahn unterstanden, als es sich um Güter gehandelt hat, die von dem bahnamtlichen Spediteur abzurufen waren. Die Anfuhr der Güter lag völlig außerhalb des Einflußbereichs der Reichsbahn. Das gleiche gilt auch für die Abfuhr durch sogenannte wilde Spediteure. Die Ausdehnung des Einflusses auf das gesamte Bahngut soll offenbar dadurch erreicht werden, daß die Rollgebühren im allgemeinen unter die Selbstkosten der Rollfuhrunternehmer heruntergedrückt werden. Die Mindereinnahme der Unternehmer soll durch die Gewährung von Zuschüssen seitens der Reichsbahn ausgeglichen werden. Die Zuschüsse sollen jedoch nur diejenigen Spediteure erhalten, die entweder als bahnamtliche Spediteure oder als sogenannte Auftragspediteure in ein Vertragsverhältnis mit der Reichsbahn eintreten. Die vertraglich nicht gebundenen (sogenannten wilden Spediteure) können natürlich mit den vertraglich gebundenen Spediteuren nicht mehr in Wettbewerb treten, weil ihnen Zuschüsse der Reichsbahn nicht zur Verfügung stehen. Damit erreicht die Reichsbahn, daß die gesamte An- und Abfuhr der Bahngüter durch vertraglich verpflichtete Rollfuhrunternehmer erledigt wird. Dieser wesentlich verkleinerte Kreis der an der An- und Abfuhr der Bahngüter beteiligten Unternehmer ermöglicht der Reichsbahn erst die beabsichtigten Rationalisierungsmaßnahmen, z. B. Einteilung eines Stadtgebietes in Rollfuhrbezirke, Beschleunigung des Zubringerdienstes, Neuorganisation des Sammelgutverkehrs usw. Dadurch, daß die Rollfuhrunternehmer auf die Zuschußzahlung der Reichsbahn angewiesen sind, kann die Reichsbahn diese Unternehmer zwingen, weitgehende Verpflichtungen der Reichsbahn gegenüber einzugehen. Diese Verpflichtungen bestehen unter anderem darin, daß die Unternehmer entweder auf die Unterhaltung eines eigenen Kraftverkehrs verzichten oder doch ihren eigenen Kraftverkehr der Kontrolle und der Verfügungsgewalt der Reichsbahn unterstellen. Ferner verpflichten sich die Unternehmer, in der Verkehrswerbung zugunsten der Reichsbahn tätig zu sein, und schließlich sind sie verpflichtet, der Reichsbahn gegenüber Auskunft über die Verkehrsentwicklung, die ihnen zur Kenntnis gekommen ist, zu erteilen.

Die Reichsbahn beabsichtigt natürlich außerdem, durchgreifende Maßnahmen, die vorwiegend auf bahntechnischem Gebiet liegen dürften, zu treffen, um eine erhebliche Beschleunigung des Transportweges zu erreichen.

Für uns ist nun die Frage von besonderer Bedeutung, welche Auswirkungen alle diese Maßnahmen auf die Arbeitsverhältnisse im Speditionsgewerbe haben werden. Wir sind hierbei zur Zeit noch in starkem Maße auf Vermutungen angewiesen. Die Meinungen hierüber gehen jedenfalls sehr weit auseinander. Während namhafte Vertreter des Schenker-Konzerns vor etwa Jahresfrist die Auffassung vertreten haben, daß im Rollfuhrgewerbe nach Inkrafttreten der Verträge weit mehr Arbeitnehmer beschäftigt werden könnten als vor der Wirksamkeit derselben, vertreten die Unternehmerverbände die Auffassung, daß infolge der Verträge zahlreiche Entlassungen, man hat gelegentlich von 150 000 Existenzen gesprochen, erfolgen müßten. Bei vorsichtiger Abschätzung der Wirksamkeit der Verträge kann man zu der Ueberzeugung kommen, daß beide Auffassungen übertrieben sind. Es ist aber verständlich, daß die Arbeitnehmerschaft im Speditionsgewerbe den Verträgen nicht sehr sympathisch gegenübersteht, weil der Hauptzweck der Verträge ja in einer gewissen Rationalisierung begründet ist. Gegen alles, was mit Rationalisierung zu tun hat, besteht aber in den weitesten Kreisen der Arbeitnehmerschaft

starke Antipathie. Der Grund liegt darin, daß sich die Rationalisierung in Deutschland auf Grund einer verkehrten Wirtschaftsordnung vollkommen gegen die Interessen der Arbeitnehmerschaft auswirkt hat, indem als einziges Ergebnis die Freisetzung von Arbeitskräften zu verzeichnen war. Man darf jedoch nicht übersehen, daß die Rationalisierung im Gütertransport bereits durch den Kraftwagen begonnen worden ist. Die Erfahrungen lehren uns, daß der Kraftwagen, eben weil er rationeller arbeiten konnte, der Reichsbahn und damit auch dem Rollfuhrgewerbe im Wettbewerb weit überlegen war. Die jetzt durch die Bahnspeditionsverträge angestrebte Rationalisierung ist also lediglich eine Zwangsmaßnahme zur Abwehr der bereits vorher rationalisierten Konkurrenz. Es muß zweifellos damit gerechnet werden, daß infolge dieser Rationalisierungsmaßnahmen Kündigungen von Arbeitnehmern erfolgen werden. Vermutlich werden hiervon die im Speditionsgewerbe beschäftigten Angestellten stärker als die Arbeiter betroffen. Andererseits kann aber mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß die Menge des die Bahnspedition durchlaufenden Gutes eine ganz beträchtliche Zunahme erfahren wird. Durch das Zusammenwirken der gesetzlichen Maßnahmen auf dem Gebiete des Gütertransports mit Lastkraftwagen (Dritte Notverordnung) und den einschlägigen Bestimmungen der Bahnspeditionsverträge wird nach der übereinstimmenden Meinung aller Sachverständigen ein starker Rückgang des Gütertransports mit Lastkraftwagen eintreten. Es wird also ein großer Teil der Güter vom Lastkraftwagen zurück zur Schiene kommen. Da es sich vorwiegend um Stückgüter handeln dürfte, ist anzunehmen, daß sich die Beschäftigungsmöglichkeit im Rollfuhrgewerbe im gleichen Umfange erhöht.

Durch das gewaltige Herunterdrücken der Rollgebühren (auf 50 Pf. je 100 Kilogramm) kann zweifellos erreicht werden, daß ein großer Teil der Selbstaholer in Zukunft den bahnamtlichen Rollfuhrunternehmer mit der Anfuhr bzw. der Abfuhr des Bahnweges beauftragen wird. Das gilt vor allen Dingen für zahlreiche Privatpersonen, die gelegentlich Stückgüter auf dem Schienenwege zugelassen erhalten. Aber auch Industrie- und Handelsunternehmungen, die bisher eigene Fuhrparks besessen haben, werden infolge des verbilligten Rollgeldes auf die Unterhaltung eines eigenen Fuhrparks in Zukunft verzichten. Wenn wir auch wissen, daß diese Stilllegung der eigenen Fuhrparks nicht sofort in allen Betrieben durchgeführt werden kann, so wissen wir aber auch, daß solche erwarteten Maßnahmen besondere Bedeutung zukommt, weil dann nicht nur die Rollfuhrleistungen dem Rollfuhrgewerbe, sondern auch alle anderen Fuhrleistungen dem Fuhrgewerbe übertragen werden. Es besteht also größte Wahrscheinlichkeit dafür, daß die infolge der ersten Maßnahmen zur Entlassung kommenden Speditionsarbeiter in absehbarer Zeit wieder im gleichen Beruf unterkommen können. Aufgabe der Organisation muß es sein, durch Verhandlungen mit den maßgebenden Stellen der Bahnspedition zu erreichen, daß die unermessbaren Entlassungen ein möglichst geringes Ausmaß annehmen, und daß Vorkehrungen getroffen werden, die geeignet sind, die Ueberleitung von Arbeitern aus den zur Stilllegung kommenden Betrieben, ohne Schmälerung ihrer bisherigen Rechte, in neu zu schaffende Betriebe zu gewährleisten.

Gegenüber uns bekannt gewordenen Äußerungen aus Unternehmerkreisen betonen wir nachdrücklich, daß wir die Notwendigkeit einer Lohnsenkung wegen der Bahnspeditionsverträge nicht anzuerkennen vermögen. Die Selbstkosten der Unternehmer sind selbstverständlich auf der Grundlage der bestehenden Tarifverträge zu errechnen. Mit aller Entschiedenheit muß gegen die offensichtlich zum Ausdruck gebrachte Auffassung, die Löhne im Speditionsgewerbe seien überhöht, Stellung genommen werden. Es gibt an keiner Stelle in Deutschland überhöhte Löhne im Speditionsgewerbe. Bei den außergewöhnlichen Anforderungen, die an die Arbeitnehmer im Speditionsgewerbe gestellt werden, kann nur festgestellt werden, daß in einer Reihe von Bezirken auch im Vergleich mit den Löhnen der Industrie die Speditionsarbeiterlöhne zu gering sind. Sollte der Versuch gemacht werden, das Lohnniveau im Speditionsgewerbe mit Hilfe der Bahnspeditionsverträge noch weiter herabzudrücken, so werden wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln einen solchen Versuch bekämpfen. Die Reichsbahn wird es sich überlegen müssen, ob sie schon jetzt, also kurz nach Inkrafttreten der Verträge, ernste Konflikte in der Bahnspedition heraufbeschwören oder auch nur dulden will. Die Arbeiter im Speditionsgewerbe sind bisher wegen ihres guten Organisationsverhältnisses ernst genommen worden. Wir werden dafür sorgen, daß das auch unter der Herrschaft der Bahnspeditionsverträge so bleibt.



# Öffentlicher Dienst

Fachorgan für die Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Gärtnereien

Nummer 13

Berlin, den 26. März 1932

3. Jahrgang

## Grumme Fehde der kommunalen Wirtschaft

**Z**u den giftgeschwollensten deutschen Blättern gegen Gewerkschaften und Gemeinwirtschaft gehört „Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“. Seit Jahrzehnten schon verspricht sie, mit einer bewundernswerten Ausdauer, Woche für Woche und Nummer für Nummer ihren Geißer; einmal gegen die Gewerkschaften, die sie absolut nicht ausstehen kann, das andere Mal gegen die Gemeinwirtschaft, die ebenso wie jene schuld an allem Unglück des, ach so gern, profitischlückenden Privatkapitalismus sein soll. In diesem schweren Aerger machte ihr nun Dr. Brüning die Freude, durch Notverordnung zu bestimmen, daß der Preiskommissar „außerdem für angemessene Senkung der Werkstarife der Kommunen (Gas, Elektrizität usw.) Sorge tragen könne“. Das war nach Meinung der Privatwirtschaftler zwar wenig genug, aber doch so viel, daß das alte Herz der „Arbeitgeber-Zeitung“ noch einmal aufjauchzen konnte; denn „so hatte man die leise Hoffnung, daß der Preiskommissar auch freie Hand gegen die öffentliche Hand erhalten würde“. Aber was tut der Preiskommissar! Kommt er der von Brüning erteilten Ermächtigung nach? Voller Zorn muß das im Untertitel „Zentralblatt für die deutschen Arbeitgeber“ firmierende Unternehmerblatt feststellen, daß Herr Goerdeler vor „der heiligen Tür der öffentlichen Betriebe“ steht „und mit abwehrender Hand den Bürgern auf die Forderung nach Tarifherabsetzung die Worte entgegenschleudert: „Halt, hier gebietet der Finanzanteil!“ Wutzischend fährt das Reptil, seinen perversen Gedanken verortend, fort:

„Aber wenn es sich um die öffentlichen Finanzen handelt, da hört ganz allgemein selbst die feierlichst gewährte Vollmacht des Preiskommissars auf. Da spricht das öffentliche Interesse — und schließlich, wird man sagen, kann ein Oberbürgermeister doch nicht den Kommunen die Etats zerstören.“

Was kümmert es die asoziale „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ und ihre Hintermänner, wie die Gemeinden ihre Etats balancieren, wenn kapitalistische Interessen bedroht scheinen. Nach Kapitalistenmoral gehören alle Betriebe, die finanzielle Ueberschüsse abwerfen, in die Hände der Privatunternehmer. Geschieht die Auslieferung nicht gutwillig, so wird mit allen, auch den schofelsten Mitteln der Kampf gegen die Gemeinden und ihre Werke geführt. Führt dann die Hege zum Ziel, d. h. erliegen einzelne kommunale Betriebe und müssen der Privatwirtschaft ausgeliefert werden, brechen die Gemeinden unter den wachsenden Lasten und den geringer werdenden Mitteln zusammen, dann heult

dieselbe Kapitalistenmeute und kreischen dieselben Steuerdrückeberger, Kapitalverschieber und Kreditverweigerer über Mißwirtschaft der öffentlichen Hand.

Wo wird denn nun in Wirklichkeit Mißwirtschaft getrieben? Noch ist in aller Welt die privatkapitalistische Wirtschaft weitaus vorherrschend, auch dort, wo, wie in Deutschland, durch die öffentliche Hand und das Genossenschaftswesen starke Ansätze von Gemeinwirtschaft vorhanden sind. In der privatkapitalistischen Wirtschaft war es, wo die Krise ausbrach und wo sie am verheerendsten wütete, und die Gemeinwirtschaft ist es, die heute noch am besten intakt ist, obwohl sie von der Privatwirtschaft abhängig ist und diese alles getan hat, sie zu ruinieren. Die kapitalistische Mißwirtschaft hat uns ein ungeheures Heer arbeitsloser Proletarier geschaffen, das in Deutschland allein mehr als 6 000 000 beträgt und das zu unterhalten derselbe Kapitalismus dann der öffentlichen Hand und zum großen Teil denselben Gemeinden überläßt, die er finanziell abschnürt und wegen angeblicher Mißwirtschaft verleumdete. Die Kapitalistenkönige und ihre Herolde vom Schlage der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ usw. haben alle Ursache, ihre Mäulchen zu halten und in Sack und Asche über das Elend zu trauern, das sie mit ihrer Mißwirtschaft angerichtet haben.

Gewiß wird man auch als Anhänger der Gemeinwirtschaft, selbst unter den gegenwärtigen Verhältnissen, eine Preissenkung für Leistungen und Lieferungen aus kommunalen Betrieben erwägen müssen. Sie ist besonders erwünscht für die Arbeitnehmer, die durch Lohndruck der Unternehmer und durch Notverordnungen so außerordentlich schwer in ihren Einkünften geschädigt sind, vor allem aber auch für die Millionen Kurzarbeiter und Arbeitslose, die zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel haben. Für diesen Einnahmeausfall der Gemeinden und besonders dann, wenn er außerdem der Industrie zugute kommen soll, müßten die Gemeinden anderweitig entschädigt werden. Dazu ist aber niemand im Bürgertum bereit. Auch Dr. Goerdeler ist an den Gas-, Wasser-, Strom- und Straßenbahntarifen nicht vorübergegangen. Gerade auf die öffentlichen Betriebe hat er sich zuerst gestürzt, um Preissenkungen zu erzielen. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ gibt das selbst zu, denn sie sagt:

„Er hat nur Entgegenkommen geringfügiger Art gefunden. So bei den Straßenbahnen, da diesen die Beförde-

### Frühling

Vorn Krafftwerk blüht der Weidenbaum.  
Die Effen wirbeln schwarzen Schaum.  
Raben fliegen durch die Luft.  
Lenztrieb schwellt jede Brust.

Des Herzen geht's wie den Turbinen.  
Kühnheit spricht aus allen Rienen.  
Werde: werde, neuer Kampf,  
Krafftwerk, wie der Boden Kampf!

Funken gleiten an den Drähten.  
Morgenhimmel: zart erröten  
Siehst du diesen Frühlingstag,  
Vogelsteden ist schon wach.

Warte, warte: noch ein Weilschen,  
Dann blüht unser liebes Weilschen —  
Immer war es uns noch hold:  
Diesmal kommt's zu Schwarzotzgold.

Blaues Weilschen an den Hut,  
Schwarzotzgold marschierst sehr gut —  
Krafftwerk, alle Mann geh'n mit,  
Eisern klingt der schwere Schritt:  
Wo steht Stillen? *Max Dorlu*

zungssteuer ganz oder teilweise bei Tarifsenkungen erlassen wird. Bei der Elektrizitätsversorgung, die fast ganz ein Monopol der Länder, Kommunen oder der gemischtwirtschaftlichen Betriebe ist, hat Dr. Goebeler nicht viel erreichen können."

Die Ursache des Widerstandes findet die „Arbeitgeber-Zeitung“ bei dem Deutschen Städtetag, der mit uns „in diesen Tarifen und Abgabegebühren einen zurzeit noch für die Bewältigung lebenswichtiger öffentlicher Aufgaben unentbehrlichen Finanzanteil“ sieht. Gegen diese Auffassung fordert die „Arbeitgeber-Zeitung“ zum schärfsten Widerspruch auf, und in ihrer Kaserei gibt sie folgenden Gallimathias von sich:

„Es ist durchaus richtig, was der Preiskommissar betont, daß die Gemeinden auf der Einnahmeseite ein ständiges Schwinden der Steuern erleben, auf der Ausgabenseite aber ein immer weiteres Anwachsen der Zahl der Erwerbslosen, die aus der Erwerbslosenversicherung oder aus der Krisenfürsorge ausgekurtet werden, und dann den Gemeinden zur Last fallen. Das aber berührt die Frage, ob es danach noch am Platze ist, solche Betriebe überhaupt in die Hände der Gemeinden zu legen oder noch fernerhin zu belassen. Schon beim ersten Presseempfang als Preiskommissar hatte Dr. Goebeler darauf hingewiesen, daß leider die Betriebe als Finanzquelle für Gemeinden und Länder dienen müßten, so daß von vornherein schon ein kalter Wasserstrahl auf hoffnungselige Gemüter gerichtet worden ist. Wenn der Preiskommissar sich aber mit diesem Negativum von seiner Tätigkeit zurückzieht, so muß nun um so stärker die Erörterung über das Schicksal der öffentlichen Betriebe beginnen. Es kann nicht länger dieser Gemischt- oder öffentlichen Wirtschaft zugesehen werden...“

Also mag werden was will, die öffentliche Wirtschaft muß beseitigt werden und wenn es noch so sinnlos ist. Mit dieser Moral haben sich die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ und ihre Hintermänner selbst als Volks- und Wirtschaftsverderber gekennzeichnet. Das ist dieselbe Sippe, die dauernd über schlechten Geschäftsgang heulmeiert und mit Krokodilstränen in den Augen einen Lohnabbau nach dem andern vornimmt, trotz der „Not“ aber Millionen hergibt zur Unterhaltung von Hitlers Bürgerkriegsarmee und seiner braungegelben Hb. Dieser Gesellschaft sagen wir den schärfsten Kampf an; ihr gilt es den Garaus zu machen mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln. G. R e n n e r.

## Reichs- und Staatsarbeiter

Zur besonderen Beachtung für die Kollegen im Bereich des Reichswehrministeriums. Im Heeresverordnungsblatt Nr. 5 vom 27. Februar 1932 sind die Formblätter, die künftig als Stammkarte bzw. als Lohnliste für Arbeiter von den Dienststellenleitungen zu führen sind, veröffentlicht worden. Wie aus den im gleichen Heeresverordnungsblatt ergangenen Erläuterungen zu ersehen ist, soll durch diese Formblätter eine einheitliche Grundlage zur Angabe der Personalien sowie zur Führung der Lohnlisten in Erscheinung treten. Weitere Unterlagen dürfen von den Dienststellenleitungen, soweit sie nicht in den Erläuterungen ausdrücklich zugestanden oder besonders — wie für die Werkstättenbuchführung — angeordnet sind, nicht geführt werden. Es ist somit nach dieser Richtung hin eine einwandfreie Klarstellung erfolgt: Die Dienststellenleitungen können darüber hinaus keine Sonderangaben von den Arbeitern verlangen. — Wenn wir diesen Vorgang hier besonders behandeln, dann aus dem Grunde, weil in der Stammliste Bestimmungen mit enthalten sind, die von den Kollegen jeweilig genau beachtet werden müssen, um sich vor eventuellem Schaden zu schützen. So ist z. B. beim Austritt aus dem Arbeitsverhältnis über den Empfang der verschiedenen Papiere zu quittieren, wogegen zwar nichts einzuwenden ist, es ist dann aber in diesem Zusammenhang folgendes gesagt: Gleichzeitig erkläre ich hiermit ausdrücklich, daß ich an die Dienststelle keine Lohnansprüche mehr habe. Hier droht dem auscheidenden Kollegen die Gefahr, wenn er seine Unterschrift geleistet hat, daß er eventuelle Forderungen nicht mehr geltend machen kann. Die Arbeitsgerichte vertreten zum größten Teil die Auffassung, daß in den Fällen, wo solche Erklärungen unterschrieben wurden, nachträglich auf dem Klagewege keine Forderungen mehr geltend gemacht werden können und demzufolge Abweisung der Klage erfolgt. Um sich einer solchen Gefahr nicht auszusetzen, muß vor der Leistung der Unterschrift völlig klargestellt sein, daß keinerlei geldliche Ansprüche mehr bestehen. Hat der auscheidende Arbeitnehmer noch Lohnansprüche zu fordern, so muß er es ablehnen, die Unterschrift zu geben und darf nur über den Empfang seiner Papiere allein quittieren. — In der Lohnliste für Arbeiter ist auch eine Rubrik für Abschlagszahlungen vorgesehen. Diese Lohnabschlagszahlungen sollen nach den Bestimmungen des § 35 Abs. 2 des LAR. nur bei Dienststellen mit einer größeren Anzahl von Arbeitern zur Vereinfachung der Abrechnung an Stelle des genau berechneten Lohnes erfolgen. Da unsere Kollegen bei ihrem gegenwärtigen Lohnstand ein Interesse daran haben, möglichst in jeder Woche den genau berechneten Lohn zu erhalten, erlauben wir darum, bei den kleineren Dienststellen dafür einzutreten, daß weitestgehend die jeweilige Spigenabrechnung erfolgt. Da auf dem Lohnzettel der Dermerk enthalten ist, daß der Inhalt sofort im Auszahlungsraum nachzuzählen ist, da spätere Beanstandungen nicht berück-

## Zur Entwicklung der Städtebeleuchtung

Viele der alten Völker kannten zur Beleuchtung der inneren Räume ihres Heims schon Lampen, Kerzen und Laternen, aber von einer regelrechten öffentlichen Beleuchtung von Straßen und Plätzen der Städte, so wie wir das in der Neuzeit gewohnt sind, konnte kaum die Rede sein. Soweit man schon die Gebäude der Herrschenden und Vornehmen und ganz wichtige Plätze auch im Freien beleuchtet haben mag und soweit man für nächtliche Veranstellungen des Lichtes bedurfte, hat wohl die Fackel und eine ganz primitive Konstruktion von Laternen die Hauptrolle gespielt. Mit einer ähnlichen Art von Beleuchtung mußten sich die Städtebewohner selbst im Mittelalter noch begnügen, wenn auch die Benutzung des Petroleums zu Beleuchtungszwecken schon von Dioskorides und Plinius erwähnt wird und vielleicht auch dort und da schon Petroleum zu öffentlichen Beleuchtungszwecken benutzt wurde. Große Bedeutung hat jedoch das Petroleum für Lichtzwecke damals nicht erlangt, weil das Öl nur wenigen Völkern bekannt war und weil die Verwendung desselben zur Beleuchtung in größerem Ausmaße doch schon in die neuere Zeit hineinspielt.

Eine der ganz großen Umwälzungen in der Entwicklung der Städtebeleuchtung hat die Erfindung des Gaslichtes herbeigeführt. Allerdings war von dem Tage an, als Clayton im Jahre 1664 als erster die Beobachtung machte, daß sich bei Zerlegung der Steinkohle durch Hitze Leuchtgas gewinnen läßt, bis zur Errichtung der ersten für die öffentliche Beleuchtung brauchbaren Gasanlage ein sehr weiter Weg, auf dem als Marksteine des Fortschrittes sehr viele Erfindungen und Entdeckungen stehen. Viele Versuche, wie die des Lord Dundonald, der hundert Jahre später (1786) Koksöfen aufstellte und das entwickelte Gas in Röhren aufging, um es der Beleuchtung dienstbar zu machen, sind ohne praktischen Erfolg geblieben. Erst einem anderen Engländer Murdoch gelang 1796 die Erfindung des verwendungsfähigen Gases, der auch

im Jahre 1798 die erste Anlage zur Gasgewinnung errichtete und damit sein Haus und seine Werkstätte beleuchtete. Später führte Murdoch die Gasbeleuchtung auch in Fabriken ein und leitete die Errichtung von Gasapparaten bis zu 3000 Lichtflammen. Eine ganze Reihe weiterer wichtiger Erfindungen, die für die Erzeugung und Reinigung des Gases, für die Verteilung auf die Beleuchtungsstellen (Gasmesser), für die Aufbewahrung und Verbrauch der Gasmengen (Gasbehälter), ungeheuer wichtig waren und in ähnlicher Form auch heute noch in der Gaswirtschaft ihre Rolle spielen, verdanken wir einem Schüler Murdocks Samuel Clegg. Als dann im Jahre 1801 Henry einen großen Saal in Baltimore mit Gas beleuchtete, setzte sich kurze Zeit darauf das Gas auch in der öffentlichen Beleuchtung der Städte durch, und zwar in Amerika viel schneller als bei uns in Europa.

In der Straßenbeleuchtung europäischer Städte wurde das Gas von dem aus Znaim stammenden Winzler im Jahre 1812 in London und 1815 in Paris eingeführt. Bei uns in Deutschland erleuchtete Lampadius 1811 einen Teil von Freiberg in Sachsen und 1816 die dortigen Amalgaminwerke mit Gas. Gleichfalls wurden damals einige Werkstätten in Essen an der Ruhr mit Gas beleuchtet. Die Gasbeleuchtung in Wien einzuführen wurde in den Jahren 1817/18 bereits von Prechtl versucht, der aber nicht viel Erfolg hatte. Erst im Jahre 1825 führte sich die Straßenbeleuchtung mit Gas durch die Imperial Continental Gas Association in Hannover ein, 1826 in Berlin. 1828 erhielt Frankfurt am Main seine Straßenbeleuchtung mit Gas, 1833 Wien und 1838 Leipzig. Die übrigen, besonders die mittleren Städte Deutschlands bis zu 12 000 Einwohner dürften erst seit 1850 eigene Gaswerke besitzen, während kleinere Städte erst viel später solche erhielten und daher an eine Benutzung des Gases zur öffentlichen Beleuchtung bis zur Jahrhundertwende noch gar nicht denken konnten. Zu bedenken ist auch für diese Entwicklung, daß durch Röhren geleitetes Leuchtgas in den größeren Städten Deutschlands erst um das Jahr 1840



stelligt werden, ist auch hierbei entsprechend zu handeln. — In den Erläuterungen zur Stammkarte für Arbeiter ist in Ziffer 9 noch folgendes gesagt:

„Wird aus Zweckmäßigkeitsgründen auf die Duitungsleistung der Empfangsberechtigten verzichtet, muß der Empfangsberechtigte in der Stammkarte bei der Einstellung oder später folgende Erklärung abgeben: Die richtige Lohnauszahlung erkenne ich beim Fehlen meiner persönlichen Duitung an, wenn sie in der Lohnliste von dem Auszahler und einem Arbeitnehmervertreter als Zeugen bescheinigt worden ist.“

Hierzu ist zu bemerken, daß diese Maßnahme nur für größere Belegschaften zur Anwendung kommen kann. Es ist wohl eine Selbstverständlichkeit, daß in diesen Fällen der betreffende Arbeitnehmervertreter genau zu prüfen hat, ob die richtigen Lohnauszahlungen jeweils erfolgen, widrigenfalls die entsprechenden Beanstandungen von ihm erhoben werden müssen. — Dem Reichswehrministerium wird mit der Verwendung dieser Formblätter die Absicht verfolgt, ganz klare und geordnete Verhältnisse in dieser Beziehung zu schaffen. Gegen eine solche Auffassung läßt sich kaum etwas einwenden, denn von den Kollegen muß man erwarten, daß sie bei eintretenden Unregelmäßigkeiten auch bereit sind, ihren Einspruch dagegen zu erheben. Damit letzteres in jedem Falle geschieht, haben wir Veranlassung genommen, hiermit auf die Umstellung hinzuweisen, um dadurch eine genaue Beachtung dieser Angelegenheit durch unsere Kollegen zu erwirken.

## Landstraßenwärter

Vorläufiges Merkblatt über die Vorbehandlung des Untergrundes bei Straßenbauten. (Ausgearbeitet vom Ausschuß „Steinplasterstraßen“ der Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau.)

Vorbemerkung. Die Art und das Verhalten des Untergrundes (Bodens) sind für alle Straßenbauweisen von wesentlicher Bedeutung. Die nach dem strengen und anhaltenden Winter 1928/29 bei vielen Decken eingetretenen Zerstörungen, besonders die Frostschäden, haben die erhöhte Bedeutung der Frage mehr als zuvor zur Erkenntnis gebracht und geben zu besonderer Vorsicht Veranlassung. Sie sind außerdem ein Beweis dafür, daß die Grundbegriffe bei der Straßenherstellung noch nicht Allgemeinut der Praxis geworden sind, und die Erörterungen über Behandlung des Untergrundes einem vorhandenen Bedürfnis entspricht.

1. Allgemein eines. Vorbedingung ist, daß der Untergrund von gleichmäßiger und solcher Beschaffenheit ist, daß Setzungen der Straßendecke ausgeschlossen sind, und daß er Wasser in einer für die letztere nachteiligen Weise weder ansaugt noch festhält. — Die Tragfähigkeit des Bodens hängt von der Festigkeit und Gleichartigkeit des Stoffes, der Lagerung der Schichten und von dem Verhalten gegen die Einwirkungen des Wassers und der Luft sowie von der größeren oder geringeren Fernhaltung von Feuchtigkeit ab. — Diese Forderungen setzen voraus, daß vor Ausführung von Straßenbefeichtigungen zunächst die Beschaffenheit des Untergrundes in bezug auf seine Trag- und Entwässerungsfähigkeit festgestellt wird. Man unterscheidet: a) schlechten Baugrund, wie Mutterboden (Humus),

Torf, Moor, deren Bestandteile aus organischen Stoffen bestehen und deshalb weich und veränderlich sind. Dazu gehören auch Bodenarten, die auf künstlichem Wege bereits aus ihrer natürlichen Lage herausgebracht sind, wie Ackergrund und aufgeschüttelter Boden. Als schlechter Untergrund sind auch stark wasserhaltiger Ton und Lehm anzusehen; b) mittleren Baugrund, wie Ton und Lehm mit mäßigem Wassergehalt. Ton bildet eine zusammenhängende zähe, mehr oder weniger komprimierbare Masse. Lehm und Leiten sind die aus Sand und Ton gemischten Bodenarten; c) guten Baugrund, wie Fels, Kies, scharfen Sand, trockenen Ton und Lehm. Kies zeigt in der Regel eine sehr feste Lagerung der Teile. Festgelagerter Sand gibt einen guten Untergrund.

2. Technische Maßnahmen zur Verbesserung der einzelnen Bodenarten. a) Durchwässer und gefrorener Boden, Mutter- und Torfboden, Kohlenküde, Wurzelu und verwesbare Stoffe; Schutt und sonst als ungeeignet anzusehender Boden sind zu beseitigen (Din 1962). — b) Etwa vorhandener Ton-, Lehm- oder Leitenboden kann durch Mischen mit Sand unter Umständen in hohem Maße verbessert werden. Eine derartige Mischung hält nicht nur weniger Feuchtigkeit zurück, sondern besitzt auch in feuchtem Zustande eine höhere Tragkraft als feuchter Ton oder Lehm. Bei sehr feinkörnigen sandigen Bodenarten, die leicht zu entwässern, aber unter Druck infolge der Verschiebung der einzelnen Sandkörner nicht standfest sind, kann die Tragfähigkeit oft durch Mischung mit einer geringen Menge von Ton verbessert werden. Bodenarten mit leicht pulverförmigen Bestandteilen, die manchmal nicht hinreichend standfest sind, können durch eine leichte Ueberdeckung mit Kies, Schlade, Basalt sand oder Steinbrocken beseitigt werden. — c) Wenn der Untergrund nicht aus einer durchlässigen Bodenart, wie Kies oder Sand, besteht, muß vor der Herstellung der Baugrube eine 20 bis 30 Zentimeter starke Kies-, Sand- oder Schladenunterbettungsschicht eingebracht werden. Von dieser Vorsichtsmaßregel darf nur Abstand genommen werden, wenn auf eine andere geeignete oder billigere Weise für die Entwässerung des Untergrundes gesorgt werden kann. Auf Lehm oder anderem wasserundurchlässigen Boden soll nicht unmittelbar betoniert werden; es ist vielmehr zuerst eine Drainageschicht aus Kies oder Schotter aufzubringen. — d) Wo diese Maßnahmen in besonderen Fällen nicht genügen, ist ungeeigneter Boden womöglich auf Frosttiefe, unter Umständen bis auf die lehmfreien festen Schichten auszuheben und durch Kies, Sand, feinen oder anderen durchlässigen Untergrund zu ersetzen. — e) Nicht festgelagerter Untergrund ist zu stampfen oder mit leichten Walzen abzuwalzen und genau nach dem Querschnitte der Straße einzuebnen. Auftragsboden ist — wenn er nicht mindestens einen Winter über gelagert hat — sichtlichweise zu walzen oder zu stampfen. — f) Von größter Bedeutung ist eine zweckentsprechende Entwässerung des Untergrundes. Diese setzt bei Landstraßen in erster Linie richtig angelegte Straßengräben voraus. Unter Umständen können seitliche Sickerschläuche von etwa 30 bis 30 Zentimeter Breite gegenständig verlegt und in Abständen von 10 bis 15 Meter notwendig werden. — g) Bei Baugruben für unterirdische Leitungen ist Sand- und Kiesboden beim Verfüllen einzuschütten. Anderer Boden ist durch Sand- oder Preßluftstampfer zu dichten, wobei die Höhe der Schichten auf 20 Zentimeter zu begrenzen ist. — h) In außergewöhnlichen Fällen kann zur Abhaltung des Oberflächenwassers von dem Untergrund die Aufbringung einer bituminösen Lage zweckmäßig sein.

eingeführt wurde und daß man vorher den Brennstoff in geeigneten Wagen von einer Verwendungsstelle zur anderen transportieren mußte, um für den Verbrauch in besondere Behälter eingepumpt zu werden.

Heute nimmt das Gas, obwohl es in den letzten Jahrzehnten in der Elektrizität einen sehr gefährlichen Konkurrenten erhalten hat, einen gewaltigen Anteil an der öffentlichen Städtebeleuchtung fast in allen Ländern der Erde. Im Jahre 1859 belief sich die Gas-erzeugung in Deutschland auf 45 Millionen Kubikmeter im Jahr. Im Jahre 1885 waren es bereits 478 Millionen Kubikmeter, im Jahre 1901 1342 Millionen Kubikmeter. Die Entwicklung ging bis zum Jahre 1911, also kurz vor dem Kriege, weiter auf 2500 Millionen und bis 1927 weiter auf 3462 Millionen Kubikmeter. Die 44 Großstädte Deutschlands verbrauchten 1925/26 fast zwei Milliarden Kubikmeter Gas bei einer Gesamtbevölkerung von rund 16 Millionen. Der Gesamtverbrauch an Gas in ganz Deutschland ist von 45 Millionen Kubikmeter im Jahre 1889 auf rund 3,66 Milliarden Kubikmeter im Jahre 1928 gestiegen. Davon entfällt natürlich der kleinere Teil des Verbrauchs auf die öffentliche Beleuchtung und der größte Teil auf die Innenbeleuchtung der Wohnräume und auf Koch- und Betriebsgas. Die deutsche Gasindustrie umfaßt 1200 Gaswerke, die im Jahre 1927 insgesamt 7,2 Millionen Tonnen Steinkohle verarbeiteten. Bis 1850 hatten erst 16 deutsche Städte Gaswerke. Die Verteilung des Gases auf sämtliche Licht- und Verdrachtsstellen wird in 88 der größten Städte Deutschlands durch 4,03 Millionen Gasmesser geregelt.

Eine ähnlich enorme Entwicklung hat natürlich auch die Elektrizität zu verzeichnen. An sich wurde die Lichtwirkung des elektrischen Stromes zum ersten Male im Jahre 1813 von Davy zur praktischen Lichterzeugung ausgenutzt, der den elektrischen Lichtbogen (Davy'scher Lichtbogen) entdeckte. Das auf dieser Erfindung beruhende Prinzip der Bogenlampe, die für die Erleuchtung öffentlicher Plätze, Straßen usw. eine so hervorragende

Rolle spielt, war damit schon gefunden. Aber auch hier mußten erst noch neue Erfindungen für die Regelung der elektrischen Kräfte usw. gemacht werden, ehe für die allgemeine Verwendung der Elektrizität als Lichtspender der Boden geeignet war. Erst im Jahre 1876, also über sechzig Jahre später, gelang die Erfindung der Jablockhoff'schen Kerze, der dann 1879 die Differentialschaltung für Bogenlampen, ferner die elektrische Glühlampe und andere große Erfindungen des elektrischen Beleuchtungswesens folgten. Heute gibt es zahlreiche Abarten und Verbesserungen dieser Erfindungen, die im Verlaufe der letzten sechzig Jahre den Siegeslauf des elektrischen Lichtes auch in der öffentlichen Städtebeleuchtung bestimmten. Heute ringen Gas und Elektrizität überall in der Welt heftig miteinander, das Nachtleben der Städte erleuchten zu dürfen.

Es läßt sich zwar mit allgemeinen Zahlen über den Stromverbrauch in Deutschland für unsere Betrachtung nicht viel anfangen, weil amtliche Erhebungen darüber erst im Jahre 1925 zum ersten Male durchgeführt worden sind und aus den damals ermittelten Zahlen nicht genau hervorgeht, wieviel elektrische Energie lediglich für die Städtebeleuchtung diente. Jedenfalls aber ist trotz des enormen industriellen Stromverbrauchs in Deutschland auch der Verbrauch an Lichtstrom ganz gewaltig, sonst wäre es kaum denkbar, daß wir in den letzten Jahren eine so enorme Steigerung des Verbrauchs beobachten konnten. Allein von 1925 bis 1928 stieg die deutsche Stromerzeugung von 20,3 Milliarden auf rund 28 Milliarden Kilowatt, was eine Zunahme von etwa 40 Proz. bedeutet. Und für 1929 wurde eine weitere Steigerung der Stromerzeugung auf etwa 32 Milliarden Kilowatt erwartet und auch erreicht. Beteiligt waren an dieser Stromerzeugung rund 1400 öffentliche und 5800 private, zusammen 7200 Kraftanlagen.

Karl Dopf.

# GÄRTNEREI • PARK • FRIEDHOF

## Die Gefahren der Gewächshausheizungen

Aus Kopenhagen kam dieser Tage die entsetzliche Nachricht von der Vergiftung von 9 Gärtnerlehrlingen, deren Schlafräume über dem Kesselraum der Dampfheizung gelegen waren. Nach den Berichten der Tagespresse waren drei Lehrlinge tot, drei weitere schweben in Lebensgefahr, und nur die übrigen drei hofft man noch retten zu können. Eine fürchterliche Anklage gegen die Auswüchse in dem Lehrlingswesen unseres Berufes, zugleich aber auch ein Mahnzeichen der Gefahren, die der Kollegenschaft von den Gewächshausheizungen her drohen. Kohlenoxydvergiftungen mit Todesfällen sind auch in deutschen Gärtnereien mehrfach schon vorgekommen. Aber auch wenn die Todesgefahr noch abzuwenden möglich war, blieben doch oft schwere, nur selten sich bessernde Gesundheitschädigungen zurück. Wiederholt hat die Gartenbau- und Friedhofsberufsgenossenschaft bekanntgegeben müssen, daß nach § 75 der Unfallverhütungsvorschriften „das Wohnen und Schlafen in Gewächshäusern und mit solchen in Verbindung stehenden und gegen das Eindringen von Heizgasen nicht völlig gesicherten Räumen verboten sind und daß Abzugskamine von Heizungen an Ofenrohren von Wohn- und Schlafräumen nicht angeschlossen werden dürfen.“

Der Fall eines Verbandsmitgliedes, dessen Behandlung durch Krankenkasse und Versicherungsinstanzen in verschiedener Hinsicht sehr lehrreich ist, sei in folgendem vorgetragen: In der Gärtnerei Geduldig (Aachen) erlitt Kollege H. am 22. Februar 1929 bei der Bedienung der Heizung eine schwere Kohlenoxydvergiftung durch Rauchgase; eine linksseitige Lähmung und völlige Arbeitsunfähigkeit war die Folge. Aber am 17. August schon stellte die „Deutsche Gärtnerekrankenkasse“ ihre Leistungen ein, ohne ihrer Pflicht zu genügen, das der Berufsgenossenschaft mitzuteilen. Erst am 1. Oktober erfolgte diese Benachrichtigung. Den Unfallverletzten überließ sie ohne Gewissenskrampf inzwischen seiner Hilfs- und Mitleidslosigkeit. Zum Glück aber war der Kollege Mitglied unseres Verbandes und durch dessen Einflußnahme zahlte dann die Berufsgenossenschaft einiaie Rentenvorschüsse. Im November aber schon gibt sie dem Kollegen den Bescheid, die Rentenbezüge seien erschöpft, da seine Erwerbsbeschränkung mit 50 Proz. anzunehmen sei. Im November wird dann endlich die Auskunft vom Arbeitgeber über den Jahresarbeitsverdienst, nach dem die Rente zu berechnen ist, eingeholt und dem Unfallverletzten mitgeteilt, er betrage 1680 Mk. Dem Verbandsvorstand wird aber festgestellt, daß die Angabe des Arbeitgebers falsch ist. — Sie war sogar bewußt falsch, denn sie besagte, die Arbeitszeit habe regelmäßig 8 Stunden betragen. An Hand der Lohnütten (es ist wichtig, sie aufzuheben) konnte nachgewiesen werden, daß tatsächlich nur in einer Woche 49 Stunden geleistet waren, in allen anderen Arbeitswochen aber war die Arbeitszeit wesentlich länger — bis zu 74 Stunden — im Durchschnitt 64 Stunden! Wir fragen: Welches Interesse hatte der Arbeitgeber, den in seinem Betriebe zu schwerem Gesundheitsschaden gekommenen Kollegen durch falsche Lohnangaben noch weiter, vielleicht sogar lebenslanglich zu schädigen? Um Antwort wird gebeten! —

Auf Grund dieser Feststellungen durch den Verband mußte die Berufsgenossenschaft den Jahresarbeitsverdienst um 400 Mk. höher, auf 2063 Mk., festsetzen, woraus sich eine entsprechende Erhöhung der Unfallrente ergab. Die Berufsgenossenschaft erklärte sich auf den durch den Verband eingelegten Einspruch weiter bereit, eine hundertprozentige Erwerbsbeschränkung des Kollegen anzunehmen und einen nochmaligen Rentenvorschuß zu leisten.

Inzwischen hatte sich nach einer kurzen Besserung das Befinden des Kollegen wieder so verschlimmert, daß er der Chirurgischen Universitätsklinik zu Berlin überwiesen wurde. Doch am 26. Juli 1930 wird er hier entlassen mit dem Attest „arbeitsfähig“.

Jetzt glaubte die Berufsgenossenschaft dem Kollegen nur noch eine Rente von 30 Proz. anbieten zu können. Sie war nämlich durch einen erstmaligen Bescheid zunächst auf 100 Proz., dann ab 19. Januar 1930 auf 50 Proz. festgesetzt worden. Gegen diesen Bescheid wurde jedoch, jetzt durch einen Arbeitersekretär des ADGB, Ortsausschuß Berlin, Berufung eingelegt und im Termin am 18. September 1931 sprach das Oberverwaltungsamt Berlin dem Kollegen die Rente von 100 Proz. wieder zu, und zwar als Dauerrente. In einem Gutachten des Direktors der Psychiatrischen und Nervenklirik war erklärt worden, der schwere Krankheitszustand des Klägers bestehe nicht

nur seit dem Jahre 1930 unverändert fort, sondern die psychischen Störungen hätten sich noch verstärkt und diese bedingten eine völlige Erwerbsunfähigkeit.

Es hat also stetigen Drängens und energischer Vertretung der Interessen des unfallverletzten Kollegen seitens seiner Organisation bedurft, um ihn nun wenigstens vor materiellen Schäden noch zu bewahren. Die Gewerkschaft war des Kollegen Rettungsring und Anker.

In den Heizräumen bei den Gewächshäusern ereignen sich übrigens auch noch viele andere und oft schwere, zum Tode führende Unfälle, bedingt durch die meist vertiefte Lage der Heizbessel unter den Arbeitsräumen. Da wird in der Hast und Hete, das beliebte Tempo der Arbeit in den Gärtnereien, unterlassen, die Falltür zu schließen. Eine Person, Pikierkästen u. dgl. vor sich tragend, stürmt heran und stürzt durch die offene Falltür. Genickbruch war schon leider oft die Folge. Deshalb ist den vielgestaltigen Unfallgefahren in den Gärtnereien erhöhte Aufmerksamkeit beizumessen und die Unfallverhütungsvorschriften sind unbedingt zu beachten.

## Die Arbeitslosigkeit im Winter 1931/32

Wie in früheren Berichten, geben wir auch diesmal die Zahl der arbeitslosen Kollegen nur aus 28 Großstädten, um sie in Vergleich zu stellen mit dem Grad der Arbeitslosigkeit zur selben Zeit des vorigen Winters. — Es dürfte allgemein überraschen, daß in einigen Orten sich eine Derringerung der Arbeitslosenziffer gegenüber dem vorigen Jahre ergibt. In Berlin beträgt sie allerdings nur 1,6 Proz., in Danzig 5,3 Proz., doch in Königsberg ist sie um 10 Proz., in Wiesbaden um 15 Proz. und in Bremen sogar um 23 Proz. niedriger.

Allerdings darf aus diesen Ziffern wohl kaum auf eine bessere Beschäftigung, auf eine Besserung des Arbeitsmarktes geschlossen werden, sondern die scheinbare örtliche Bessergestaltung wird sich dadurch erklären, daß wegen der Ausichtslosigkeit, in diesen Orten Arbeit im Berufe zu erhalten, die dort vorzugsweise beschäftigt gewesen Junggehilfen in die heimatischen Gefilde zurückgewandert sind.

	Gärtner		Binde-rinnen		Gärtner		Binde-rinnen		
	31. Januar 1931	31. Januar 1932	31. Jan 1931	31. Jan 1932	31. Januar 1931	31. Jan. 1932	31. Jan. 1931	31. Jan. 1932	
Berlin . . .	2530	2490	203	212	Frankf aM	280	386	—	25
Hamburg . .	353	1580	56	68	Wiesbaden .	263	224	—	6
Königsberg .	193	173	19	29	Karlsruhe .	90	105	23	3
Danzig . . .	79	37	—	44	Mannheim .	121	116	—	—
Breslau . . .	300	395	—	—	Saarbrücken	48	81	—	—
Stettin . . .	127	136	18	15	Stuttgart . .	88	172	—	6
Lübeck . . .	—	42	—	16	München . .	325	428	21	162
Bremen . . .	141	104	11	12	Münster . . .	143	141	10	18
Hannover . .	—	158	—	13	Erfurt . . . .	109	141	—	8
Essen . . . .	188	254	—	—	Dresden . . .	490	608	—	—
Dortmund . .	101	152	—	10	Leipzig . . . .	288	350	74	52
Düsseldorf .	149	355	—	2	Chemnitz . . .	—	143	—	14
Wuppertal . .	94	163	—	8	Hagenburg . .	36	45	—	2
Köln . . . . .	328	342	19	29	Quedlinbg . .	81	121	—	—

1) Nur Hamburg ohne Altona und Wandsbek  
2) Wahrscheinlich einschl. der Binderinnen in der Kunstblumenbranche

Eine Feststellung der Arbeitslosenzahlen in den kleineren Orten dürfte dies bestätigen. Diese Annahme findet auch durch die starke Erhöhung der Ziffern in den meisten anderen Städten ihre Stütze. Die verhältnismäßig größte Zunahme der Arbeitslosigkeit im Berufe zeigt sich in Düsseldorf, wo sie 138 Proz. ausmacht, dann in Stuttgart, wo sie 95,4 Proz. erreicht. Dann folgen Wuppertal mit 73,4 Proz., Saarbrücken mit 69 Proz., Dortmund und Quedlinburg mit 50 Proz. usw.

Auch in der Blumenbinderei hat die Arbeitslosigkeit in den meisten Orten eine weitere Verschärfung erfahren.

## Berichtigung

Im Artikel: „Auf und nieder im Kampf um das gärtnerische Arbeitsrecht“ ist durch das Verheben einer Druckzeile im Satz aus dem Urteil des Landesarbeitsgerichts Dortmund der Zusammenhang zerrissen worden. Wir bitten folgende Berichtigung vorzunehmen: Gärtnereien also, die... sich mit der Züchtung befonderer in der hiesigen Gegend unter natürlichen Verhältnissen nicht wachsender Gewächse befassen, wird man als gewerbliche Betriebe ansehen können.



## Zur Wahl des Reichspräsidenten und der Landtage

erläßt der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei folgenden Aufruf:

Genossinnen und Genossen! Hitler zu schlagen, war das Ziel. Darum hat die Partei schon im ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl auf einen eigenen Kandidaten verzichtet und die Parole für Hindenburg ausgegeben. An die politische Schulung und Disziplin der Parteigenossen waren damit hohe Anforderungen gestellt. Mit Genugtuung dürfen wir heute feststellen, daß sie die Probe glänzend bestanden haben. Die Geschlossenheit, mit der sie die Parole der Partei befolgten, hat bei Freund und Feind Bewunderung erregt. Sie verdient Anerkennung und Dank. — Arbeit und Opfer waren nicht vergebens. Hitler ist geschlagen! Dem Faschismus ist der Sieg, den er schon in seinen Händen glaubte, entziffen. Deutschland bleibt vor entsetzlichem Unheil bewahrt. Die ganze Welt ist von einer furchtbaren Drohung befreit.

Das, Genossinnen und Genossen, ist euer Werk. Jetzt kann auch wieder der Boden für den politischen und wirtschaftlichen Aufbau geebnet werden. Mußte nicht das wüste Treiben der Hakenkreuzler, der politische Bandenkrieg, der jeden Tag zum offenen Bürgerkrieg zu werden drohte, im Auslande das Mißtrauen vermehren, notwendige Kredite verschweigen, das allgemeine Elend verschlimmern?

**Schluß mit dem System der nationalsozialistischen Volksvergiftung! Das ist die erste Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg, für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, für den Wiederaufbau von Löhnen, Gehältern und sozialen Leistungen.**

**Schluß mit dem System der nationalsozialistischen Volksvergiftung! Es geht um die moralische Wiedergesundung des deutschen Volkes! Die Sozialdemokratie, die im Kriege die schwerste Last der Landesverteidigung getragen hat, die Deutschland im Jahre 1918 aus dem Zusammenbruch gerettet hat und seitdem den Kampf gegen die Last der Reparationen praktisch führt, wird nicht länger dulden, daß Leute, die nichts getan und nichts geleistet haben, aus ihrer angebliehen Liebe zum deutschen Volk ein schmutziges Parteigeschäft machen.**

**Schluß mit dem System der nationalsozialistischen Volksvergiftung! Das ist die Parole für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am 10. April. „Schlagt Hitler, darum wählt Hindenburg!“ Hitler muß am 10. April noch gründlicher geschlagen werden als am 13. März!**

**Schluß mit dem System der nationalsozialistischen Volksvergiftung! Das gilt auch für die Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg und anderen Ländern. Schafft Volksvertretungen, in denen nicht Theater gespielt und nicht Kadavere getrieben, sondern sachliche Arbeit geleistet wird! Darum hinweg mit den falschen Propheten, den nationalsozialistischen Hegeposteln!**

Die Kommunistische Partei hat im Entscheidungskampf des 13. März nicht etwa nur, wie vor zwölf Jahren beim Kapp-Putsch, beiseite gestanden. Sie hat durch Aufstellung einer aussichtslosen Zählkandidatur bewußt das Spiel Hitlers gespielt. Die Kommunistische Partei hat offen erklärt, daß sich ihr Hauptstoß nicht gegen den Faschismus richtet, sondern gegen die Sozialdemokratie. Die Kommunistische Partei hat durch Unterstützung des schlimmsten Klassenfeindes, des reaktionärsten Teiles der Bourgeoisie, an der Sache der Arbeiterklasse offenen Verrat geübt. Mit revolutionären Phrasen im Munde hat sie der schärfsten Konterrevolution Zutreiberdienste geleistet. Gemeinsam mit der Konterrevolution hat sie am 13. März eine schwere Niederlage erlitten. Das war ihr verdientes Schicksal.

Genossinnen und Genossen! Daß ihr am 13. März den Faschismus geschlagen habt, bleibt eure geschichtliche Tat. Großes ist geleistet, aber weit Größeres ist noch zu tun. Unsere falschen Gegner sind nicht endgültig geschlagen, solange ihre großkapitalistischen Geldgeber imstande sind, sie zu bezahlen. Zerüttelte Krisen werden ständige Begleiter der wirtschaftlichen Entwicklung bleiben, solange nicht an die Stelle der kapitalistischen Anarchie eine Wirtschaftspolitik des Sozialismus getreten ist. — Darum hat die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag Anträge eingebracht zur

**Verstaatlichung der Schwerindustrie, zur Beschaffung neuer Arbeitsgelegenheit, zur Unterstellung der Banken und Kartelle unter die Aufsicht des Staates.**

Die Sozialdemokratie zeigt den Weg aus Not und Elend zu einer höheren Gesellschaftsform, zu menschlicheren Zuständen. Der Druck der Massen muß dafür sorgen, daß dieser Weg endlich beschritten wird.

In diesem Geiste gehen wir in die kommenden Kämpfe für Befreiung des arbeitenden Volkes! Für Demokratie, Weltfrieden, Sozialismus!

**Es lebe die Sozialdemokratie!**

## Die Arbeiterbank im Krisensturm

Der Geschäftsbericht der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten für das Jahr 1931 ist ein sprechender Beweis dafür, daß dieses solide geleitete und Spekulationsgeschäfte grundsätzlich meidende Bankinstitut der freien Gewerkschaften das Vertrauen der Arbeiterschaft in hohem Maße verdient. Während andere, ein halbes Jahrhundert und länger bestehende Banken von altem Namen und internationalem Ruf die Hilfe des Staates mit Hunderten von Millionen in Anspruch nehmen mußten, ist die Arbeiterbank trotz Arbeitslosigkeit und Lohnabbau, trotz verringertem Sparmöglichkeit und trotz des großen Geldbedarfs der Gewerkschaftskassen von der beispiellosen Krise bei weitem nicht in dem Ausmaße betroffen worden als die meisten privatwirtschaftlich eingestellten Banken. Der scharfe Druck, der zurzeit auf der Arbeiterschaft lastet, der Umstand, daß es zurzeit wohl kaum eine Arbeiterfamilie in Deutschland gibt, die nicht ein oder mehrere arbeitslose Familienmitglieder mit durchschleppen muß, die großen Unterstützungslieferungen der Gewerkschaften für ihre arbeitslosen Mitglieder, alle diese Erscheinungen einer wirren Zeit führten natürlich zur Verringerung des Einlagenbestandes. Die Gesamtsumme der Einlagen hat sich von 168 Millionen Mark am Bilanzstichtage des Vorjahres jetzt auf 135 Millionen Mark verringert. Dabei sind die kurzfristigen Einlagen mit 46,07 Millionen Mark sogar gegen das Vorjahr etwas gewachsen, die Einlagen mit dreimonatiger Kündigungsfrist betragen 58 gegen 74,8 Millionen Mark im Vorjahre, die langfristigen Einlagen 31 gegen 47 Millionen Mark das letztmal. Diese Einlagenverminderung erfolgte keinesfalls wegen Vertrauensminderung oder durch Angstabhebungen. Das im Gegenteil erheblich gewachsene Vertrauen zur Arbeiterbank wird am besten dadurch dokumentiert, daß bei einzelnen Filialen und Zahlstellen sich die Zahl der Sparkonten seit dem Sommer des vergangenen Jahres um 50 Proz. erhöht hat. Selbst während der Krisentage im Juli 1931, als vor

allen Banken und Sparkassen Menschenlangen standen, die ängstlich um ihre Spargroschen besorgt waren, hat die Arbeiterbank dank der vorsorglich flüssigen Anlage ihrer Gelder ohne jede Einschränkung alle Wünsche der Kundschaft erfüllt und auch während der dann durch Notverordnung eingeführten „Bankfeiertage“ größte Weitherzigkeit gegenüber der Kundschaft gezeigt. Im Herbst versuchten politische Gegner durch ungünstige Gerüchte der Bank zu schaden, allerdings ohne jeden Erfolg.

Die ausgeliehenen Gelder der Arbeiterbank sind von jeher und auch diesmal wieder zu 99 Proz. gegen beste Sicherheiten vergeben, so daß es der Bank möglich war, den Geldbedarf der Gewerkschaften und der Sparerkundschaft in erheblichem Umfang schon durch Einziehung ausgeliehener Kredite zu decken. Eingefrorene Kredite wie bei allen übrigen Banken gibt es bei der Arbeiterbank in nennenswertem Umfang nicht. Die Arbeiterbank brauchte daher auch nicht wie die übrigen Banken für solche eingefrorenen Kredite Wechsel hereinzunehmen. Sie hatte es auch nicht nötig, von der Möglichkeit, gegen ihre eigene Wechselunterschrift Kredit bei der Reichsbank in Anspruch zu nehmen, Gebrauch zu machen. Der weitere Geldbedarf wurde durch Verringerung der Guthaben bei anderen Banken gedeckt, so daß sich der Posten Bankguthaben von 58,6 auf 38,4 Millionen Mark verringerte. Im Bericht wird hervorgehoben, daß diese Bankguthaben zu drei Vierteln bei öffentlichen Banken und zu einem Viertel bei Großbanken und ersten Privatbanken angelegt sind.

Trotz des Rückganges der Einlagen um 32 Millionen Mark konnte die Arbeiterbank Ausleihungen im Gesamtbetrage von 86,7 Millionen Mark vornehmen, das sind nur 13 Millionen Mark weniger als im Vorjahre. Von diesen Krediten erhielten öffentliche Stellen, Länder, Gemeinden, gemeindliche Wirtschaftsbetriebe, Sozialisierungsinstitute rund 40 Proz., Arbeitnehmerorganisationen 54 Proz., davon Bauherren-Organisationen der

Arbeitnehmer 28½ Proz., Bauproduktionsbetriebe rund 7 Proz., Produktions- und Verteilungsorganisationen der Arbeiterschaft (Konsumvereine) über 18 Proz. Die Konsumvereine haben also von der Arbeiterbank fast ein Fünftel der Ausleihungen überhaupt erhalten. Hoffentlich ist daher der Zeitpunkt nicht mehr fern, daß durch zentrale Abmachungen die Spareinrichtungen der Arbeiterbank und der Konsumvereine zusammengefaßt werden. Der ebenfalls unter die Ausleihungen zu rechnende Posten Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere stieg von 22 000 Mk. auf 4,2 Millionen Mark. Der Umsatz betrug 3,06 gegen 3,36 Milliarden Mark im Vorjahre, hat sich also um 10 Proz. verringert. Die Zahl der Angestellten hat sich (ein seltenes Ereignis in dieser Zeit) infolge Einrichtung neuer selbständiger Filialen (Dortmund, Lübeck, neuerdings auch Leipzig) von 215 auf 251 am Bilanzstichtage erhöht. In gewissem Umfange ist die Erhöhung der Zahl der Beschäftigten auch auf die Einführung der vierzigstündigen Arbeitswoche im Betriebe der Arbeiterbank zurückzuführen.

Die Gesamteinnahmen einschließlich des Gewinnvortrages aus dem Vorjahre betragen 3,46 Millionen gegen 5,37 Millionen Mark das letztmal. Auf der Ausgaben Seite der Gewinn- und Verlustrechnung werden Handlungskosten um 43 000 Mk. niedriger als im Vorjahre mit 2,24 Millionen Mark ausgewiesen. Hierunter sind, wie im Geschäftsbericht erwähnt wird, 57 Proz. persönliche und 43 Proz. sachliche Unkosten. Die Gesamtvergütungen an den Vorstand haben laut Geschäftsbericht 110 000 Mk. betragen, ohne daß ersichtlich wird, ob es sich hierbei — worauf von einzelnen Handelszeitungen hingewiesen wird — nur um den zweiköpfigen Vorstand der Zentrale handelt. Tantiemen werden weder dem Aufsichtsrat noch dem Vorstand gezahlt. Die Gesamtaufwendungen für den Aufsichtsrat haben rund 9000 Mk. betragen und bestanden aus Reisekosten und Aufwandsentschädigungen. Die Steuerleistung der Bank sank von 950 000 Mk. im Vorjahre auf 635 000 Mk. Der Reingewinn einschließlich des Vortrages aus dem Vorjahre beträgt diesmal 583 000 Mk. gegen 2,13 Millionen Mark im Vorjahre. Obgleich dieser Gewinn dazu ausreichen würde, eine den Zeitverhältnissen angemessene Dividende von 4½ Proz. zu zahlen, wurde beschlossen, in diesem Jahre von einer Gewinnausschüttung an die Eigner der Bank, die freien Gewerkschaften, Abstand zu nehmen und den Gesamtgewinn auf neue Rechnung vorzutragen und somit zur inneren Stärkung zu verwenden. Das Gewinnergebnis ist in Wirklichkeit erheblich günstiger als in dem ausgewiesenen Reingewinn zum Ausdruck kommt. Es sind besonders auf die eigenen Wertpapiere und auch auf Ausleihungen erhebliche stille Abschreibungen vorgenommen worden, so daß der tatsächliche Ueberschuß durchaus mit den Zahlen des Jahres vergleichbar ist. Reservefonds und Spezialreserve betragen unter Hinzurechnung der im letzten Jahre zugeführten Beträge jetzt zusammen 3,3 Millionen Mark, also mehr als ein Viertel des 12 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals. Die Beteiligung an der hannoverschen Bodenkreditbank in Hildesheim wirkte sich, wie im Bericht vermerkt wird, weiter günstig aus, da diese Hypothekenbank auch im abgelaufenen Jahre ein gutes Ergebnis erzielt hat, obgleich zurzeit der Hypothekenmarkt darniederliegt. Es wurden im abgelaufenen Jahre von der Arbeiterbank infolge der Lage auf dem Baumarkt nur 2910 Wohnungen gegen mehr als 10 000 im Vorjahre finanziert.

Der Geschäftsbericht behandelt nur die Auswirkungen der Krise auf das Unternehmen selbst. Die Krisenfestigkeit der Arbeiterbank ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß dieses Institut von den für die übrigen Banken so verhängnisvollen Abzügen von Auslandsguthaben nicht betroffen wurde, weil die Einlagen der Arbeiterbank nur aus inländischen Depositen und Spargeldern bestehen. Die Arbeiterbank besitzt jetzt 18 eigene Filialen und Zahlstellen sowie eine Depostenkasse in Berlin. Ferner bestehen an 126 Orten ehrenamtlich geleitete Zahlstellen. Dieses schon heute recht dichte und sich über ganz Deutschland erstreckende Netz von Saugarmen zur Erfassung von Gewerkschaftsgeldern und Arbeiter-Spargeldern ist noch erweiterungsfähig.

Das Gesamtbild des diesjährigen Abschlusses der Arbeiterbank ist also hoch erfreulich. Das Bankunternehmen der freien Gewerkschaften hat den Krisensturm unerschüttert überstanden und ist für alle Fälle gut gerüstet. Kommt der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung und damit erhöhte Sparmöglichkeit der Arbeiterschaft, dann wird der Aufstieg im nächsten Jahre dank des Zuwachses an Vertrauen ein gewaltiger sein. Kommen noch fürmlichere Zeiten als sie das vergangene Jahr brachte, dann sind Arbeitergelder bei der Arbeiterbank nach wie vor aufs Beste aufgehoben. Julius Fries.

## Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Politischen Osterburgfrieden für die Zeit vom 20. März bis zum 3. April hat der Reichspräsident verordnet. In dieser Zeit dürfen keinerlei öffentliche politische Versammlungen und keine politischen Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel stattfinden. Gleichzeitig ist jede Art der öffentlichen Verbreitung von Flugblättern und Flugchriften politischen Inhalts verboten. Wichtig ist, daß auch diejenigen Plakate und Flugblätter politischen Inhalts einer behördlichen Genehmigung bedürfen, die in den Häusern zur Verteilung kommen.

Der braunschweigische Polizeipräsident hat erklärt, daß die braunschweigische Polizei zahlenmäßig sehr schwach sei. Daraus glaubt man schließen zu dürfen, daß die Polizei dem nationalsozialistischen Terror nicht genügend scharf entgegentritt.

Der nationalsozialistische Terror im Reich, vornehmlich in Preußen, die Zusammenziehung der SA. und SS. und die Aufdeckung von Waffenlagern und Ausrüstungsgegenständen der Nationalsozialisten an vielen Stellen Preußens hat den preußischen Innenminister Severing veranlaßt, am 17. März in ganz Preußen Durchsuchungen der nationalsozialistischen Lokale und Geschäftsstellen vornehmen zu lassen, die belastendes Material zutage förderten und die Bürgerkriegsvorbereitungen der Nationalsozialisten einwandfrei nachgewiesen haben.

Im Hessischen Landtag wurde am 18. März ein sozialdemokratischer Antrag eingebracht, der die sofortige Auflösung der militärisch organisierten Wehrverbände der NSDAP. verlangt.

Landtagswahlen finden nach den jetzt vorliegenden Beschlüssen der zuständigen Körperschaften am 24. April in Preußen, Württemberg, Bayern und Anhalt statt.

Die Reichsbank hat für das abgelaufene Geschäftsjahr 12 Proz. Dividende festgesetzt. Als Vertreter des ADGB. befindet sich das Vorstandsmittglied Eggert unter den neugewählten Mitgliedern des Zentralausschusses der Reichsbank.

Der Internationale Gewerkschaftsbund weist für das Jahr 1931 einen Mitgliederbestand von über 14 Millionen auf.

In der Mandchurei sind schwere Unruhen ausgebrochen. Chinesische Truppen haben sich gegen die neue Regierung aufgeschlossen.

Der Chef des amerikanischen Kobalt-Trakts, George Eastman, der Erfinder des Kobalt-Apparates, hat sich im Alter von 77 Jahren erschossen.

## Unsere Jugend

### Blumenschau als Abschluß eines Arbeitslosenkurses

Einen nachsicherswerten Abschluß fand am 11. März ein Kursus für arbeitslose jugendliche Blumenbinderinnen und -binder, der vom Arbeitsamt Berlin auf Antrag der Jugendabteilung unserer Berliner Ortsverwaltung eingerichtet war. Mit den geringen Mitteln, die den arbeitslosen Teilnehmern dieses Kursus zur Verfügung standen, haben sie derart hausgehalten, daß sie noch — in der jetzigen blumenarmen Zeit — soviel Material an Grün und Blüten beschaffen konnten, um in einer Ausstellung ihr Können zu zeigen, das in dem Kursus aufgefrischt und weiterentwickelt werden sollte. Daß diese Aufgabe nach bester Möglichkeit erfüllt worden ist, das zeigte tatsächlich diese kleine, mit geringsten Mitteln geschaffene Schau.

Da waren mehrere Tischdekorationen und geschmackvolle Vasenfüllungen ausgestellt, Topfpflanzenzurichtung sowie ihre Gruppierung gezeigt, Bilder waren festlich und stimmungsvoll geschmückt und Fenster- und Fassadenschmuck dargestellt. Sauber gearbeitete und passend garnierte Künstler- und Trauerkränze sowie eine von der Kursusleiterin — eine arbeitslose Binderin — entworfene neue Idee von Grab- und Gartenschmuck, das transportable Schmuckbeet, zur Schau gestellt. Ein Fettpflanzen-Stilleben, das Modell eines Steingartens, Pläne, Zeichnungen, Buntstiftentwürfe und so manches andere noch vervollständigten die Schau. Die Kursteilnehmerinnen zeigten bei der kleinen stillen Eröffnungsfeier auch geschmackvollen Haar- und Kleidschmuck. So ließ die Schau erkennen, daß der Unterricht offensichtlich von bestem Erfolg begleitet war. Er war auch manche neue Wege gegangen. Neben praktischen Arbeiten umfaßte er Stil-, Form- und Farbenlehre sowie Geschmacksbildung, die durch Führungen in Museen und Ausstellungen, Besichtigung von Schaufenstern usw. gefördert worden war.

Eine derartige Weiterbildung arbeitsloser, durch die furchtbare Wirtschaftsnot so frühzeitig aus ihrem Beruf herausgerissener Jugendlicher sollte in größerem Umfange durchgeführt werden. L



## Paul Umbreit gestorben

Ganz plötzlich ist der leitende Redakteur der „Gewerkschafts-Zeitung“, des Organs des ADGB, am 20. März 1932 einem Herzleiden erlegen. Noch vor kurzem erfreute er sich anscheinend der besten Gesundheit, und in voller Frische nahm er an den Bundesvorstands- und Ausschüssen teil.

Anlässlich seines 60. Geburtstages haben wir im Jahrgang 1928 der „Gewerkschaft“ sein Lebenswerk gewürdigt. Wir bringen hier einen kleinen Ausschnitt aus den wichtigsten Arbeitsgebieten dieses ungemein aktiven und fleißigen Menschen in Erinnerung:

Als Paul Umbreit am 16. März 1900 in die Redaktion des „Korrespondenzblatt“ eintrat, war der Aufstieg der freien Gewerkschaften zwar noch in vollem Gange, aber die Bedrohungen der Scharfmacher setzten nun mit ungeheurer Schärfe ein, und die Gründung und Zusammenfassung zahlreicher Unternehmerorganisationen ging vor sich. Sie hatten freilich damals keine mehr oder minder verkappten Hilfstruppen, wie sie heute bei den Nazis zu finden sind. Sie mühten sich mit den „Gelben“ begnügen, die der allgemeinen Verachtung in der öffentlichen Meinung sicher waren.

Paul Umbreit hat mit Karl Legien gemeinschaftlich den Gedanken einer selbstständigen Gewerkschaftsbewegung nach allen Richtungen hin scharf verfolgt. Und so selbstverständlich uns heute das enge Zusammengehen zwischen der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften erscheint, so sehr ist damals wie heute der Gedanke von uns betont worden: Wir können uns parteipolitisch nicht festlegen lassen! Mit anderen Worten: Ueber die wirtschaftlichen Kämpfe und ihre jeweilige Anwendung müssen die Gewerkschaftsorganisationen selbständig entscheiden. Das hat in der Vorkriegszeit vielfach zu Reibungen geführt, die heute wohl als glücklich überwunden angesehen werden können. Denn der neuerliche Versuch der RGO., die Gewerkschaftstaktik durch die Kommunistische Partei-Zentrale und deren Beschlüsse zu entscheiden, ist auf der ganzen Linie gescheitert und wird es auch immer bleiben!

Paul Umbreit hat in seiner, nun schon „historisch“ gewordenen Broschüre „Siphusarbeit oder gewerkschaftliche Erfolge“ nachgewiesen, daß mit einer wie immer gearteten Verleumdungstheorie die gewerkschaftliche Agitation nicht vorwärts getrieben werden kann. Wir haben als Gewerkschaftler keine Veranlassung, selbst in den bösesten Zeiten, zu verzagen; denn die Millionen der Arbeitnehmer werden auf die Dauer doch ihren Kulturaufstieg erzwingen trotz aller Mähte unserer entseh-

lich leidensvollen Zeit. Läßt das jetzige Wirtschaftssystem eine Aufstiegsentwicklung nicht mehr zu, so muß eben ein anderes — die Planwirtschaft und der Sozialismus — dafür eingeseht werden. Dieser unverwundliche Gewerkschaftsoptimismus wurde durch Umbreit bis zu seinem Tode beibehalten.

In der Kriegszeit wurde Umbreit ein „Sozial-Imperialismus“ vorgeworfen und mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten begründet. Wir haben ja heute Ähnliches mit den blöden Schlagworten der RGO. von den „Sozialfaschisten!“ Die jetzigen Versuche der Reaktion, alle sozialpolitischen Errungenschaften aufzuheben, werden auf die Dauer nicht gelingen, und auch der Faschisten- und Kommunistenpuk birgt nur solange Gefahr in sich, als die regierenden Kreise des Bürgertums nicht erkannt haben, daß auch ihre Kultur und ihre Wirtschaft dabei auf dem Spiele stehen!

Aber notfalls wird die Arbeitnehmerschaft auch allein mit diesen grimmigen Gegnern jeder gesunden demokratischen und sozialen Entwicklung fertig durch ihre Eiserner Front!...

Paul Umbreit ist am 30. Juni 1866 geboren; er erlernte das Drechslerhandwerk. Sein Bestreben als Redakteur der „Gewerkschafts-Zeitung“ ging vor allem dahin, die Sozialpolitik vorwärtszutreiben, nicht nur in zahlreichen Artikelserien, sondern auch in Broschüren und Büchern über Arbeiterschutz und Sozialpolitik. Auf mehreren Gewerkschaftskongressen hat Umbreit auch die sozialpolitischen Referate gehalten. Sie waren nicht so sehr eine oratorische Leistung (wegen seiner geringen Stimmittel) als eine ungemein reichhaltige und fleißige Materialsammlung zu diesen Fragen. Auf dem Würdberger Gewerkschaftskongress 1909 wurde Umbreit auch in den neu gebildeten Bundesvorstand gewählt. Im letzten Jahrzehnt hat er vor allem als Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat seine reichen Erfahrungen und Kenntnisse verwerten können im Interesse der Gewerkschaften sowohl als auch der gesamten Arbeitnehmer Deutschlands.

In Paul Umbreit verlieren wir einen getreuen und überaus tüchtigen Gewerkschaftskollegen, der u. a. im Wasserstraßenbeirat für Elektrizitätswirtschaft und an anderen Stellen, besonders auch für weite Interessengruppen unseres Gesamt-Verbandes mit Eifer und Sachkenntnis eintrat. Ehre seinem Andenken als Mensch, Freund und Kollege.  
E. D.

### Aus unserer Bewegung

Bremen. In der Generalversammlung am 4. März 1932 gab Kollege Leib den Geschäftsbericht. Trotz der hohen Ausgaben für Unterstützungszwecke ist das Bildungsweisen auch im Jahre 1931 nicht zu kurz gekommen. 14 in Arbeit stehende Kollegen der Ortsverwaltung Bremen nahmen an dem Unterricht der Bundeschule Bernau teil. Daneben veranstaltete die Ortsverwaltung Bremen 10 Abendkurse über arbeitsrechtliche Fragen mit durchschnittlich 117 Teilnehmern. Die Mitgliederbewegung zeigt bei den größeren Gruppen einen kleinen Rückgang; erfreulich ist aber, daß besonders die Gruppen, die früher stagnierten, einen Aufstieg zu verzeichnen haben. Die Frauen- und die Jugendgruppe haben sogar eine Zunahme von 128 Mitgliedern. Die Werbeaktion hat uns 216 neue Mitglieder gebracht. Lohnbewegungen waren 42 zu erledigen. Durch die Arbeits- und Tariffschiedsgerichte wurden 5722,43 Mk. ausgeklagt. In 83 Fällen hat die Verwaltung Rechtsschutz gewährt. Die Arbeitslosigkeit macht sich besonders fühlbar bei den Holzplagarbeitern, Hafenarbeitern, Küpern und in geringererem Maße im Transport- und Handelsgewerbe. Die Bremer Lagerhaus-Gesellschaft und verschiedene andere Gruppen und Betriebe arbeiteten 40 Stunden. Hierdurch waren hohe Anforderungen an die Unterstützungseinrichtungen gestellt worden. Die Ortsverwaltung Bremen hat 1931 212 259,19 Mk. für Unterstützungszwecke verausgabt. Bei den Betriebsratswahlen ist die Prophezeiung der Nazis und Kogis, die Gewerkschaften aus den Betrieben hinauszuerwerfen, nicht in Erfüllung gegangen; überall haben sie Niederlagen erlitten. — Den Kassendbericht gab Kollege Sachs. — Vorstand und Ortsverwaltung wurden einstimmig wiedergewählt bzw. neu bestätigt.

### RUNDSCHAU

„Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ der größte Schwindel. Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß die von dem braunschweigischen Parteibuchbeamten Hitler geführten Horden keine Arbeiter- wie viel weniger eine sozialistische Partei, dafür aber um so mehr eine Prätorianergarde des Unternehmertums sind. Zu bekannt ist, daß die Schwerindustrie millionenfache Subventionen dieser Gesellschaft gewährt und das Textilmekdlein Adolf Hitlers mit den Bankdirektoren und Industriekapitänen à la Thyssen. Wenn es aber sonst noch eines Beweises bedurft hätte, so würde es die freundliche Einladung erbringen, die „An die Herren Arbeitgeber und Direktoren von Mülhhausen (Thüringen) und Umgegend“ am 13. März 1932 erging. Diese Einladung lautet (wir lassen den Briefkopf weg) folgendermaßen:

„Ein großer Teil der deutschen Unternehmer steht noch der nationalsozialistischen Bewegung deshalb mißtrauisch gegenüber, weil er bezweifelt, daß die NSDAP. den großen Anforderungen nicht gewachsen ist, denen eine nationalsozialistische Regierung gerade auf dem Gebiete der Wirtschaft gerecht werden muß. Daß der Nationalsozialismus auch diese Fragen meistern wird und hierzu auch die geeigneten Männer herauszufinden vermag, darüber wird unser Wirtschaftsreferent der Reichsleitung, Dr. Albrecht, M. d. N., Altenburg i. Thür., am 22. März, nachmittags 4 Uhr, im kleinen Saal des „Schauspielhaus“, vor den Herren Arbeitgebern des Kreises und der Stadt Mülhhausen sprechen. Zu dieser nichtöffentlichen Versammlung laden wir Sie hiermit ein.“

NSDAP., Ortsgruppe Mülhhausen i. Thür. gez. Hunger. Wildbrett.“  
So sieht die Gesellschaft aus, die mit ihren „Hib“ die Betriebe erobern will, angeblich um die Arbeiterinteressen besser zu vertreten als die Gewerkschaften. Weist diese Wölfe in Schafskleidern mit Hohn und Schande zur Tür hinaus, wenn sie zu euch kommen!

## Die Kluft

Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

### XII.

„Ist es wirklich wahr, daß Baldwin, ohne die Arbeiterführer nach ihren Wünschen zu fragen, diese stehen ließ und zu Bett ging“, fragte Dacre verärgert.

„Genau so trug es sich zu. Der Diener deutete uns an, daß unsere Gegenwart nicht länger erwünscht sei, und so gingen wir. Was hätten wir anderes tun können? Thomas' Zorn spottet jeder Beschreibung. „Jetzt müssen wir um unser Leben kämpfen!“ rief er Cook zu.“

Noch immer starrte Dacre nachdenklich in Rodds Gesicht.

„Das bedeutet, daß der extreme Flügel der Konservativen diesen Streik bei der „Daily-Mail“ benutzte, um Baldwin zum Abbruch der Verhandlungen zu zwingen, und ferner, daß Baldwin in der ganzen Streiksache nichts mehr zu sagen hat.“

„Schon vorher hatte er wohl nichts zu sagen, denn als wir ihn den bereits am Freitag erschienenen Freiwilligenaufruf der Regierung vorhielten, versicherte er uns seiner völligen Ahnungslosigkeit und Schuldlosigkeit... Nun, Joan, was denken Sie jetzt?“

„Daß alle ehrenwerten Bürger über die Gewerkschaften, die man in einen Krieg gezwungen hat, den sie nicht wollten und auf den sie nicht vorbereitet waren, den Stab brechen werden. Daß alle ehrenwerten Bürger mit Pathos erklären: „Wir müssen hinter der Regierung stehen und die Verfassung schützen. Gesetz und Ordnung muß erhalten bleiben!“ Ah, wie ihre Presse zetern wird!“

„Sie vergessen, daß morgen keine Zeitungen mehr erscheinen.“

„Ein Gutes wenigstens!“

„Ich bin morgen um neun Uhr in der Streikzentrale“, sagte Rodd, indem er aufstand. „Wer helfen will, ist natürlich willkommen.“

„Wir werden da sein“, rief Gerald Blain.

Am nächsten Morgen trat Mary Maud ihre Limousine für die Dauer des Streiks an Gerald Blain ab.

„Mein Opfer!“ scherzte sie.

Als er von dannen gabraust war, um Dacre abzuholen, entschloß sie sich zu einem Besuch bei Helen Dacre.

„Nun, Ihre Freunde haben ja ein nettes Durcheinander angerichtet“, lautete deren kühle, doch nicht unfreundliche Begrüßung, als sie von dem neben ihr liegenden Stapel Zeitungen auf sah.

„Die Gewerkschaften sind überzeugt, daß das Leben der Bergleute nicht mehr lebenswert ist.“

Draußen schellte die Glocke laut und energisch.

„Oh, ich muß selbst öffnen. Entschuldigen Sie mich einen Augenblick, Mary Maud.“

Helen brachte zwei Herren mit sich. Den ehemaligen Fregattenkapitän Knowsley — lang und hager, mit den scharfen blauen Augen, wie sie Seelenten eigen sind — kannte Miß Meadows bereits. Seine Stärke bestand im Bridgepiel. Der andere, den Helen als Rittmeister Blundell vorstellte, war klein, steif und formell, und sein kunstvoll frisiertes Haar machte den Eindruck, als sei es dem Schädel aufgemalt.

„Wie steht es mit Ihrer Absicht, Konzerte für die Freiwilligen zu veranstalten, Helen?“ erkundigte sich Mary Maud.

„Ich habe sie aufgegeben — die Lage ist zu ernst. Statt dessen bin ich der Nothilfe beigetreten, deren Leitung in unserem Bezirk Kapitän Knowsley obliegt. Um zehn Uhr müssen wir uns melden.“

„Möchten Sie sich nicht auch beteiligen, Miß Meadows?“ schlug der Kapitän vor.

Helen Dacre lachte ironisch. „Was denken Sie?... Miß Meadows ist Bolschewik. Sie hat ihren Wagen den Rebellen geliehen.“

Mary Mauds Wangen färbten sich purpurrot; nichtsdestoweniger verteidigte sie tapfer ihre Stellung. „Es ist ein Gefühl der Verantwortlichkeit, das mich treibt, Kapitän. Ich will nicht, daß die Bergleute verhungern.“

„Das will niemand Doch, wo kämen wir hin, wenn wir diese Bedrohung der Verfassung widerstandslos hinnähmen? Dann könnte ja jede Gewerkschaft, die Grund zu einer Beschwerde zu haben glaubt, sich an den Generalrat wenden und den Generalstreik verlangen! Dieses Mal sind's die Bergleute, das nächste Mal vielleicht die Klempner oder die Straßenkehrer.“

„Aber doch nur die tatsächliche verzweifelte Lage der Bergarbeiter hat dieses Vorgehen veranlaßt“, wandte Mary Maud ein.

„Ach was, alles Uebertreibung“, erklärte Rittmeister Blundell scharf, indem er sein Monokel ins Auge klemmte. „Ich kenne eine ganze Menge, die fünfzehn Pfund wöchentlich verdienen.“

„O nein, da müssen Sie sich irren.“

„Es ist wahr. Meine Familie besitzt Kohlengruben, und ich

bin orientiert darüber, was wir zahlen. Natürlich sind effliche auch weniger gut gestellt. Aber selbst wenn man nur einen Wochenlohn von drei Pfund annimmt, so ergibt das, da meist vier oder fünf Söhne mit dem Vater zusammenarbeiten, ein Familieneinkommen von fünfzehn bis achtzehn Pfund pro Woche.“

„Ich glaube doch, daß die meisten von ihnen viel, viel weniger verdienen“, sagte Mary Maud eingeschüchtert.

„Ganz abgesehen davon, muß die Disziplin auf jeden Fall aufrechterhalten werden“, ließ sich der Kapitän vernehmen.

„Ja, eine Disziplin, die unsere Klasse der ihrigen auferlegt!“ Triumphierend wiederholte Mary Maud diese Worte, die sie aus Joans Rede in Shireport behalten hatte.

„O tala!“ Der Rittmeister entfernte sein Monokel aus dem Auge und setzte es von neuem ein, als bedürfe es einer Berichtigung, um diese merkwürdige Dame gebührend betrachten zu können. „Das klingt ja nach demagogischen Straßenrednern!“

Jetzt glaubte auch sein Freund, noch einen letzten Vorstoß wagen zu müssen. „Wirklich, das ganze Gefasel über Verhungern ist Unsinn, Miß Meadows. — In unserem Lande verhungert kein Mensch. Die Leute sind nur verwöhnt. Im Schützengraben haben sie ohne Mucksen viel Schlimmeres ertragen, weil sie wußten daß keine Abhilfe möglich war. Folglich muß man ihnen klipp und klar sagen, daß es der Kohlenindustrie unmöglich ist, höhere Löhne zu zahlen. Eine feste Hand und weniger Gewimmer über Verhungern — das tut uns not.“

Rittmeister Blundell reckte seine untersezte Gestalt. Er brannte offensichtlich darauf, diese feste Hand anzulegen.

„Trotzdem stehe ich zu den Bergleuten“, erwiderte Mary Maud.

„Und wir zur Nation!“ kam es prompt von Helens Lippen.

„Wenn wir die Situation für Miß Meadows gerettet haben, werden ihr wieder ganz stattliche Dividenden zufließen, die sie dann auch wieder mit Behagen einstreicht! Ich lobe mir die Reichen — sie allein können sich Revolutionen gestatten.“

Mary Maud hielt diesem Hieb gut stand. „Ihre Worte sind nicht ganz unberechtigt, Helen. Ich habe wirklich mein Geld in Empfang genommen, ohne mich darum zu kümmern, woher es kam und wie es geschafft wurde; aber ich beginne jetzt manches, das mir früher selbstverständlich erschien, in einem neuen Lichte zu sehen. Von fünfzehn Pfund Wochenlohn, wie Rittmeister Blundell versichert, weiß ich nichts, wohl aber, daß selbst die Presse die niedrigen Löhne nicht wegleugnen kann. Unser Komfort beruht auf der unterbezahlten Arbeit dieser Streikenden. Ist es da richtig, sie, wenn sie ihr Leben unerträglich finden, mit einem wütenden, hochmütigen: „Kuscht euch!“ fortzujagen?“

„Sie vergessen immer die Hauptsache, Miß Meadows, die Bedrohung der Konstitution! Eine einzelne Klasse darf doch nie und nimmer die ganze Nation herausfordern.“

Im Streikhauptquartier herrschte die Konfusion, die überstürzte Vorbereitungen mit sich bringen. Da der gesamte Zugverkehr um Mitternacht eingestellt werden sollte und die über Land gesandten Redner und Boten, um nicht unterwegs stecken zu bleiben, Autos benutzen mußten, hatte man für Dacre und seinen Freund schnell Verwendung. Blain wurde angewiesen, einige einflußreiche Gewerkschafter nach Liverpool zu fahren, wo sie die Stilllegung der dortigen Docks bewirken sollten, und mit ihnen sofort nach Beendigung ihrer Aufgabe zurückzukehren.

„Wäre es nicht gut, wenn ich als Ersatzfahrer mitginge?“ fragte Anthony Dacre besorgt. „Mr. Blains Körper ist starken Strapazen nicht gewachsen, und ich habe wenig Übung im Fahren. Meine Frau sieht meist am Steuer unseres Wagens.“

„Ersatzfahrer ist Luxus“, entschied die junge, energische Frau, die die Transportabteilung leitete. „Wenn Sie überhaupt fahren können, genügt uns das. Wollen Sie uns Ihren Wagen leihen?“

Joan sah, wie Dacre mit einer argen Derlegenheit kämpfte. Er konnte doch nicht gut erzählen, daß er seiner Frau gegenüber zu schwach gewesen war, um die Verwendung seines Wagens bei der Nothilfe zu verhindern! So sagte er schließlich: „Es tut mir unendlich leid, aber der Wagen ist nicht benutzbar. Ich will jedoch gern die Kosten für einen Mietwagen tragen und diesen dann für Sie fahren.“

„Dermieter werden uns ihre Wagen wohl nicht anvertrauen.“

„Gehen Sie und kaufen Sie einen gebrauchten“, rief Joan. „Hinterher können Sie ihn ja wieder loschlagen, falls noch was von ihm übriggeblieben ist.“